

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 278 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 3/2018 · VOM 13. MÄRZ 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **17. März ist Antikriegstag**
Proteste gegen Krieg in Afrin (Syrien)

8 | **B 167 neu bringt keine Entlastung**
Offener Brief an Gemeindevertreter

14 | **B B B Beitzke, Dr. med.**
Geschichten von Dr. Steffen Peltsch

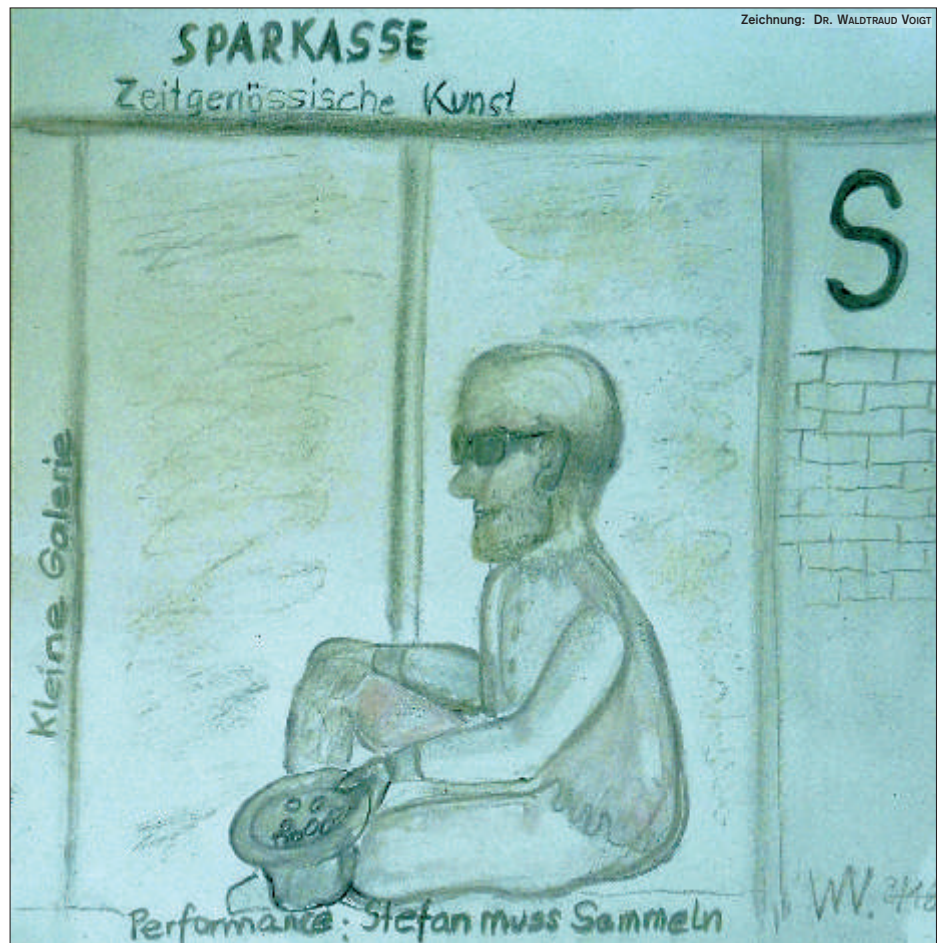
Transaktionskunst: »Stefan muß Sammeln«

Kleine Galerie der Stadt Eberswalde: Ganz Eberswalde lacht über eine Vernissage ohne Bilder

Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher ist sehr rege und erfinderisch beim Finden von Künstlern, denen etwas Besonderes anhaftet und die einen Hauch von Welt in die hiesige Provinz bringen. Die »Kleine Galerie« – einst ein Ort, der auch einheimischen Künstlern eine Chance bot – ist längst zum Eldorado für die schillerndsten Künstler aus den hippesten Szenen der Welt, oder zumindest der BRD geworden. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung scheint nun erreicht: Eine Ausstellung mit leeren Wänden, die sogar einen Namen hat – »trans-aktionen«. Ganz bewußt verzichtet der Künstler auf Handwerk, wie er selbst erklärte. Es gehe ihm um »Gedanken«, die man nicht sieht. Es ist ziemlich simpel. Das Projekt »trans-aktionen« besteht hauptsächlich darin, daß die Leute dem Künstler Geld auf sein Konto »transferieren«. Direkter kann man den Zusammenhang von Kommerz und Kunst wohl kaum darstellen. Der Künstler muß nichts tun – zumindest nichts Handwerkliches. Die Ziffern der eingehenden Geldbeträge werden in Noten »übersetzt«, während die Texte im »Verwendungszweck« direkt zu »Kunst« werden und anstelle von Bildern an den Galeriewänden aufgehängt werden sollen.

»Sowas würde doch viel eher ins Gropius-Krankenhaus passen«, meinte eine erste Besucherin und ergänzte: »Wer denkt sich denn solchen Schrott aus. Da fehlen einem die Worte.« Vielleicht sind die Eberswalderinnen und Eberswalder doch noch nicht reif für die wirklich große Kunst...

(wv/gm)



Bürgerbegehren »Heegermühler Straße« ist zulässig

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« benötigt noch etwa 1.100 gültige Unterschriften, um das Bürgerbegehren »zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« erfolgreich einreichen zu können.

Wir bedanken uns bei den bisherigen Unterzeichnern.

Niemand kann den Eberswalder Bürgern das Recht streitig machen, ein Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Über die Zulässigkeit entscheidet nach der Einreichung die Stadtverordnetenversammlung und nicht die Baudezernentin.

Unser Bürgerbegehren zielt auf die Einhaltung von Recht und Gesetz in Gestalt des Verkehrsentwicklungsplans von 2008. Dieser sieht Radstreifen in der Heegermühler Straße erst nach Fertigstellung einer Umgehungsstraße vor, durch die der Verkehr in der

Heegermühler Straße spürbar entlastet wird. Und das auch nur als Zwischenlösung.

Die aktuelle Verkehrsbelastung der zentralen Verkehrsachse von Eberswalde, man denke nur an die vielen LKWs, erlaubt kein sicheres Nebeneinander von Kraftverkehr und Radfahrern auf einer Fahrbahn.

Setzen Sie dieser Farce ein Ende! Nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr, sich in die Unterstützungslisten einzutragen!

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL
(Sprecher der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«)

(siehe auch Seite 5)

Weitere Informationen unter <http://radwege.alternative-eberswalde.de>.
Kontakt: radwege@alternative-eberswalde.de, Tel: 03334/356542

Einsamkeit

Was verstehen wir unter diesem Begriff: EINSAMKEIT? Wie viele Menschen klagen darüber, einsam zu sein? Meinen sie vielleicht das Alleinsein über viele Stunden am Tage?

Einsamkeit ist, finde ich, ein schönes, harmonisch klingendes Wort, fast melodisch reihen sich die Silben aneinander. Sie tönen voll und warm und schwingen im Raum: so schlimm kann es doch nicht sein, sagen sie, mit dem Einsamsein.

Es ist nur die Frage, was fangen wir mit dem Alleinsein an. Es gibt uns die Möglichkeit, in Ruhe darüber nachzudenken, was man gerne tun oder klären würde, ob man seine Situation ändern oder so belassen möchte. Das ist an sich schon spannend, denn man muß sich fragen, welche Möglichkeit bietet uns das Leben, etwas zu ändern. Es kommt nicht darauf an, ob man jung oder alt ist. Kinder, Jugendliche und junge Menschen sind manchmal erschreckend einsam, haben schlechte Erfahrungen gemacht und wissen keinen Ausweg aus ihrem Dilemma. Kranke Kinder, Herzranke, Krebsranke zum Beispiel, wer fragt diese, ob für sie eine Lösung besteht, wie sie über ihr Schicksal denken?

Alte Menschen haben bereits viele dieser Erfahrungen durchgemacht und wissen besser mit der Einsamkeit umzugehen. Sie wollen auch nicht unbedingt in einem Pflegeheim wohnen. Nur wenn die Kinder noch leben, aber keine Zeit erübrigen können, um regelmäßig zu Besuch zu kommen oder Hilfe zu leisten, dann kommt zum Alleinsein der Schmerz dazu, keine Liebe zu empfangen. Dann heißt es: Ich bin so einsam.

Wer fragt berufstätige Pendler, die täglich oder wöchentlich viele Kilometer mit dem Fahrzeug auf Straßen und Autobahnen allein unterwegs sein müssen, ob sie sich einsam fühlen? Mit Sicherheit!! Wer gibt diesen Hilfe? Wer fragt die Ärzte im Hausbesuch bei akut Erkrankten, ob Ihre Handlungsweise richtig ist und ob sie eine einsame Entscheidung treffen müssen? Wie einsam sind Kinder, wenn sie auf ihre berufstätigen Eltern warten müssen? Wie einsam sind Jugendliche, die mißbraucht werden oder wurden, die aus welchen Gründen auch immer Drogen nehmen? Es wurde veröffentlicht, daß in Deutschland 7000 Stellen für Psychotherapeuten nicht besetzt sind, aber dringend nötig wären. Wie ist das Problem zu lösen?

Ich bin genug allein, um darüber nachzudenken. Aber ich bin nicht einsam. Ich identifiziere mich mit meinen Aufgaben. Man muß sich Aufgaben suchen, auch um anderen zu helfen. Oder sich selbst. Somit erhält man Ausgeglichenheit und Freude, ein kleines Dankeschön und die Einsamkeit fliegt davon.

Dr. WALTRAUD VOIGT

Traditionelle Verantwortung – verantwortliche Tradition

Listensammlung der Volkssolidarität vom 1. März bis 2. Mai

Auch im 73. Jahr ihres Bestehens führt die Volkssolidarität Barnim ganz aktuell den Start ihrer traditionellen Listensammlung an. Die Sammlung begann am 1. März und endet am 2. Mai. Unter dem Motto »Miteinander – Füreinander« sammeln Ehrenamtliche für soziale Projekte der Region, die sonst nicht zu finanzieren wären. In diesem Jahr erbittet der Wohlfahrtsverband Spenden vor allem für die musikalische Früherziehung in unserer Kita »Melodie« in Bernau-Süd und für die Ausstattung einer neuen Wohngemeinschaft für chronisch psychisch kranke Menschen in Eberswalde. Ferner für den Erhalt der Angebote aller Begegnungsstätten der Volkssolidarität im Landkreis Barnim – in Eberswalde, Bernau, Biesenthal und Finowfurt, sowie für den Erhalt der Rentensprechstunden in Eberswalde, Bernau und Biesenthal. Ein Teil der Spenden verbleibt in den Ortsgruppen der Volkssolidarität, zur Ermöglichung ihrer dringend gebrauchten sozialen Fürsorge im Wohngebiet.

Die Verwendung der Sammlungsgelder des Vorjahres ist transparent: Gefördert werden

konnten 2017 Außenspielgeräte in unserer Kita »Wirbelwind« in Seefeld, der Erhalt der Rentensprechstunde und aller Begegnungsstätten der Volkssolidarität im Landkreis Barnim.

Unsere ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter werden Sie mit einer Sammeliste besuchen und mit Ihnen über die Volkssolidarität ins Gespräch kommen, auch darüber, wofür Ihre Spende konkret verwendet werden soll.

Die Kreisgeschäftsstelle der Volkssolidarität weist darauf hin, dass sich alle ehrenamtlichen Sammler, die vom 1. März bis 2. Mai zu den Bürgern ins Haus kommen, mit einem Sammelausweis legitimieren können.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spendern und Sammlern, jede Spende ist willkommen.

ANDREA HOEHNE

Volkssolidarität Barnim e.V., Kreisgeschäftsstelle
Schneiderstr. 19, 16225 Eberswalde, Tel. 03334/ 63988-0.
Wer nicht durch die ehrenamtlichen Sammler erreicht wird, kann auch das folgende Spendenkonto nutzen (Kennwort: Listensammlung der Volkssolidarität 2018).
Empfänger: Volkssolidarität Barnim e.V., IBAN: DE32 1203 0000 0000 5353 85, BIC: BYLADEM1001.

Übermüdung tötet: Busfahrern keine Ruhe gegönnt

Berlin (ver.di). Busfahrer haben ein Anrecht auf elf Stunden tägliche Ruhezeit, die zweimal wöchentlich auf neun Stunden verkürzt werden kann. Bisher muß alle zwei Wochen 48 Stunden zusammenhängende Wochenruhezeit gewährt werden. Aktuell verhandeln EU-Kommission und EU-Parlament über Verschlechterungen der Lenk- und Ruhezeiten für Busfahrer. Die Kommission schlägt eine Verkürzung

der Ruhezeiten vor. Künftig soll ein Busfahrer zwei Wochen hintereinander mit 24 Stunden Wochenruhezeit auskommen. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) macht dagegen mobil. »Müdigkeit im Straßenverkehr ist lebensgefährlich«, sagt Christine Behle vom ver.di-Bundesvorstand. »Eine Umsetzung der Kommissionsvorschläge macht LKWs und Busse zu tickenden Zeitbomben auf unseren Straßen.«

Klinikum Barnim »W. Forßmann«:

Tarifverhandlungen

Eberswalde (ver.di). Derzeit laufen Tarifverhandlungen für die rund 720 nichtärztlichen Beschäftigten am Werner Forßmann Krankenhaus in Eberswalde. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um acht Prozent bezogen auf eine Laufzeit von 12 Monaten, die stufenweise Anpassung des Entgeltlevels auf das des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) bis 2021 sowie eine Vorteilsregelung für ver.di-Mitglieder.

»Wir erwarten schwierige Verhandlungen vor dem Hintergrund einer Tarifrunde mit Aufwertungscharakter. Nach dem zähen Verhandlungsaufakt fordern wir den Arbeitgeber auf, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen«, erklärt der ver.di-Verhandlungsführer Ivo Garbe.

Die Beschäftigten sind kampferfahren. 2012 gab es am »Forßmann« einen längeren Streik.

Landespolitik in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Bündnis 90/Die Grünen veranstalten am 21. April im Eberswalder Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio (Puschkinstr. 13) einen sogenannten »kleinen« Landesparteitag. An diesem Landesparteitag, wie er offiziell heißt, nehmen 62 Delegierte teil. Es ist das oberste Entscheidungsgremium zwischen den »großen Parteitag«, der Landesdelegiertenkonferenz (LDK), zu der aus den Kreisverbänden 110 Delegierte entsandt werden. Bestimmte Angelegenheiten, wie z.B. Satzungsänderungen oder auch die Aufstellung der Landesliste sind der LDK vorbehalten. Der Kleine Parteitag ist also programmatischer Bestandteil zwischen den »großen« Parteitag.

»Momentan sind wir noch sehr in der Abstimmung der Anträge«, informiert die Pressereferentin beim Landesvorstand Annette Weiß. »In zwei Wochen werden wir die Anträge publik machen können, wobei bis zum letzten Tag noch Antragsänderungen möglich sind.«

Am 17. März ist Antikriegstag

Bundesweit rufen Initiativen zu Protestaktionen am 17. März gegen den völkerrechtswidrigen Überfall des türkischen Erdogan-Regimes auf die kurdische Selbstverwaltungszone Afrin in Nordsyrien. Anlaß ist das kurdische Neujahrsfest (Newroz). Neben einer Großdemonstration in Hannover wird es in der gesamten BRD Aktivitäten gegen den Krieg geben.

Die Türkei führt gemeinsam mit islamistischen Gruppierungen, mit der Duldung der internationalen Mächte und ausgestattet mit deutscher Waffentechnik, einen blutigen Angriffskrieg gegen das Nachbarland. Zwar hat inzwischen der wissenschaftliche Dienst des Bundestages auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten Andreas Neu (DIE LINKE) erklärt, daß der türkische Staat »den konkreten Beweis für das Vorliegen eines das Selbstverteidigungsrecht auslösenden bewaffneten Angriffs schuldig« bleibe, aber die Bundesregierung verzichtet weiterhin auf jegliche Kritik am NATO-Partner. Statt dessen werden Antikriegsproteste kriminalisiert. So wird das Zeigen von Symbolen der nordsyrischen YPG/YPJ verboten, Razzias gegen Verlage durchgeführt, die Bücher über die kurdische Befreiungsbewegung herausgeben, und Wohnungen von kurdischen Exilpolitikern durchsucht.

Nachdem mehr als einen Monat lang die kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ die türkischen Angriffe im Grenzgebiet abwehrten und die Aggressoren nur einen schmalen Grenzstreifen von etwa 5 Kilometern Tiefe eroberten, konnten die türkische Armee und ihre Verbündeten Anfang März deutliche

Geländegewinne erzielen. Im Nordosten drangen die Angreifer bis an den Rand der Kantonhauptstadt Afrin vor. Auch von Südwesten her sind die türkischen Kampftruppen bereits auf 7 Kilometer an die Stadt herangerückt (Stand 11. März).

Den Einheiten der YPG und YPJ fehlen schwere Waffen für eine dauerhafte effektive Verteidigung. Den Artillerieschlägen und Luftangriffen der türkischen Armee können sie nichts Gleichwertiges entgegensetzen.

Neben der Unterstützung durch die BRD konnte sich die türkische Aggression nur entfalten, weil Rußland den türkischen Angriff toleriert und den nordsyrischen Luftraum für die Operationen der türkische Luftstreitkräfte freigab. Es sei jetzt klar, erklärte das YPG-Generalkommando am 7. März, »daß die Russische Föderation sich zum Komplizen des türkischen Staates gemacht hat, indem sie den Luftraum für den türkischen Staat öffnete, was diesem erlaubt, ein Massaker gegen die Zivilbevölkerung in Afrin zu begehen«. Das Generalkommando der YPG ruft die Regierung der Russischen Föderation auf, »ihre Entscheidung, die türkische Invasion auf Afrin zuzulassen, aufzuheben und aufzuhören, sich an der Ermordung der Menschen in Afrin zu beteiligen und ihre Städte und Dörfer zu zerstören. Wir fordern auch das russische Volk auf, Druck auf seine Regierung auszuüben, um dieses Handeln, das dem russischen Volk nicht dient, sofort zurückzuziehen.«*

GERD MARKMANN

* Quelle: <http://www.ypgrojava.org/The-Russian-Federation-is-a-partner-of-bloodshed-with-the-Turkish-state-in-Afrin>



Vor 15 Jahren, im Februar 2003, beteiligten sich noch hunderte Eberswalderinnen und Eberswalder an den Protesten gegen den damals drohenden Krieg der USA und der »Koalition der Willigen« gegen den Irak. Auch der damalige Bürgermeister Reinhard Schulz und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Rainer Kriewald nahmen daran teil. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder war damals gegen diesen Krieg – und gewann so die Bundestagswahl 2002. Inzwischen werden die vielen »Weltordnungskriege« von den Medien weitgehend verschwiegen und von den meisten Menschen nicht mehr wahrgenommen. Die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr werden als Normalität empfunden. Die Bundesregierung unter Angela Merkel macht sich zum Komplizen des völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei auf Syrien. Die Bagdadbahn-Politik des wilhelminischen Kaiserreichs erfährt eine wundersame – aber alles andere als überraschende – Auferstehung. (gm)

Helfer von Mördern

Unsere Politiker sind Helfer von Mördern an Zivilisten, denn es werden Waffen, Chemikalien und Militärtechnik exportiert, nur um zu verdienen, obwohl man weiß, daß damit Menschen getötet werden.

BERND POMRAENKE

Vater, Mutter – Kanonenfutter!

Jean Jaures, französischer Politiker und Pazifist, ermordet 1914, sagte einst: »Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen«. Er hinterläßt seit seiner Entstehung eine gewaltige Blutspur. Dieses kranke System beherrscht die Welt. Waffengeschäfte, Krieg, Massenflucht. Soll das immer so weitergehen? »NO!!!«

Ich wurde geboren in der DDR.

Dieses friedliche Land gibt es leider nicht mehr. Nichts bleibt wie es ist. Ich vergleiche und seh' die brutale Entwicklung in der BRD. Haß und Gewalt wächst nicht nur in Europa. Das ist fast wie damals, flüstert ängstlich ein Opa. Kriege und Zerstörung, egal wohin man schaut. Ein paar Demonstranten empören sich laut. Das sind aber leider ... viel zu wenig Leute. Die Massen, die schweigen – damals, wie heute. Der Mensch an sich ist fleißig, er arbeitet hart. Doch er wird nur benutzt im Ausbeuterstaat.

Von Meinungsmacher-Medien läßt das Volk sich lenken.

Wohlstandsgenießer haben keinen Bock drauf nachzudenken.

Gern gelesen wird BILD & Co, die Sensationen-Presse. Zeitungsberichte der »jungen Welt« finden kaum Interesse.

Warum wohl wählen viele immer die Kriegsunion, oder die Hartz4-Partei mit ihrem Lügenbaron. Im Namen des Volkes regieren u. entscheiden sie. Auch gegen Volkes Wille. Von wegen Demokratie. Solange die Menschen

immer wieder Kriegsparteien wählen, sollte sie das schlechte Gewissen und ihre Mitschuld quälen.

Bombenverkäufer legen Länder in Schutt und Asche und ziehen für den Wiederaufbau Kredite aus der Tasche.

Verbrecher zetteln Kriege an, weil man daran verdienen kann.

Schießen darf der kleine Mann. Der ist echt beschissen dran.

*Brücke
Ja-Nee, Spaß beiseite... Die Sache ist richtig ernst. Die BRD wird ständig angegriffen,im Ausland. Sie braucht dringend Nachschub für ihre toten Soldaten. Also Leute – ab in die Betten – zack zack – Vater, Mutter, Kanonenfutter – Attacke!*

P.S.: Nun ja, oder ihr zeugt in euren Kisten, ab sofort nur noch Pazifisten.

SCHRAMMEL-ECKE 3

Ein fünfter Landrat

Eberswalde (bvb/bbp).

Das in der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« vorgestellte Kandidaten-Quartett zur Barnimer Landratswahl am 22. April wurde kurz nach Drucklegung zum Quintett. Als fünfter Landratskandidat warf der Finowfurter SVEN WELLER von der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegung/Freie Wähler seinen Hut in den Ring.

Seine Konkurrenten um den Landratsstuhl sind Daniel Kurth (SPD, von der LINKEN unterstützt), Othmar Nickel (CDU), Dr. Michael Luthard (Bündnis 90/Grüne) und Mark Mathies (Bürgerfraktion Barnim/Freie Wähler).

SVEN WELLER ist 43 Jahre alt und Vater dreier Kinder. Der gelernte Konstruktionsmechaniker »steht für eine tiefgründige und hartnäckige Arbeit in der Kommunalpolitik«, teilt sein Wahlträger mit. Als Sachkundiger Einwohner im Bau- und Wirtschaftsausschuß des Kreistages vertritt er klare politische Inhalte. So setzt er sich für eine veränderte Energiepolitik des Kreises ein und hat Ideen, wie die Kreisenergiewerke zum Dienstleister für alle Kommunen im Landkreis werden könnten. Eine weitere Kompetenzerweiterung der Kreiswerke zulasten der Kommunen lehnt er ab. Angesichts des bereits erreichten Standes der Versparung der Landschaft fordert Sven Weller zudem eine Einschränkung der aktuell geplanten Windeignungsgebiete. Insbesondere soll der Liepnitzwald ausgespart werden. Im Fall seiner Wahl will sich Weller an der landesweiten Kampagne von BVB/FW zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beteiligen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die bessere infrastrukturelle Versorgung der ländlichen Teile des Barnim. So plädiert Weller für den Ausbau des Rufbusnetzes und eine Veränderung des Landesverkehrsplans hin zu einer höheren Taktichte der Regionalbahnen und der S2. Zugleich wird Sven Weller noch vor der Wahl einen Plan für die Neugestaltung der Kreisumlage zugunsten der Kommunen vorlegen. Wie immer, haben in der vorletzten Kreistagssitzung SPD und Linke eine Senkung zum Wohle der Städte und Gemeinden abgelehnt.

Sven Weller stand von Anfang an konsequent gegen die Kreisgebietsreform und hat durch intensive Unterschriftensammlung für die entsprechende Volksinitiative geworben. Als Chef der Kreisverwaltung will er durch moderne Arbeitsmethoden eine Effizienzsteigerung und mehr Bürgernähe erreichen.



Kommunenfremdliche Kreisumlage

Eberswalde (bvb/bbp). Sven Weller, sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft des Kreistages Barnim und Kandidat von BVB/Freie Wähler für die Landratswahl im April, hat ein Konzept zur kommunenfremdlichen Neugestaltung der Kreisumlage vorgelegt. Ziel ist eine gerechtere Gestaltung der Kreisumlage. Der durch Sven Weller erarbeitete Kreistagsantrag sieht neue Kriterien in der Kalkulation und Beschlußfassung vor.

»Die Kreisumlage ist eine reine Fehlbedarfsfinanzierung, die erhoben wird, wenn die eigenen Erträge des Landkreises nicht ausreichen, um seine Aufwendungen zu decken«, erklärt Sven Weller. »Erzielt ein Landkreis Überschüsse, so resultieren diese ausschließlich aus zu hoch erhobener Kreisumlage in Verbindung mit zu niedrig geplanten eigenen Erträgen und zu hoch angesetzten voraussichtlichen Aufwendungen.« Die nicht benötigte Kreisumlage, so die Intention des Antrags, soll an die kreisangehörigen Gemeinden zurückgezahlt werden.

Dabei soll berücksichtigt werden, daß bei der Festsetzung der Höhe des Hebesatzes der Finanzbedarf der umlagepflichtigen Gemein-

den ermittelt und gegenüber den Interessen des Landkreises abgewogen wird. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sollen dabei die Gelegenheit haben, zur Höhe der geplanten Kreisumlage Stellung zu nehmen.

»Selbst dem Brandenburgische Städte- und Gemeindebund sind die üppigen Finanzreserven der Kreise ein Dorn im Auge«, weiß Sven Weller zu berichten. »Er regt eine Gesetzesänderung dahingehend an, daß eine rechtlich verbindliche Regelung, wie hoch die Rücklagen der Landkreise sein dürfen, geschaffen wird und fordert die Landkreise mit Blick auf deren üppige Finanzreserven auf, die Kreisumlagen zu senken. Städte und Gemeinden würden die bei den Kreisen befindlichen Gelder dringend für Investitionen benötigen.« Im Landkreis Barnim betragen diese Rücklagen weit über 50 Millionen Euro, obwohl der Rücklage schon 40 Millionen Euro für ein Investitionsprogramm entnommen wurden.

»Durch die Rückzahlung der zu viel erhobenen Kreisumlage werden die Kommunen direkt entlastet«, so Sven Weller. Die Rückzahlung soll durch die Abschmelzung der Rücklage in Verbindung mit einem niedrigeren Kreisumlagehebesatz erfolgen.

SPD und LINKE im Kreistag Barnim:

Stärkung des ländlichen Raumes

Eberswalde (bbp). »Der Landkreis Barnim hat in den vergangenen Jahren eine in vielerlei Hinsicht positive Entwicklung genommen«, meinen die Fraktionen der SPD und der LINKEN im Kreistag Barnim in einer gemeinsamen Presseerklärung. »Selbst angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Bevölkerungszahl nicht gesunken, die Zahl der in der Region vorhandenen Arbeitsplätze kontinuierlich gestiegen und die Arbeitslosenquote gesunken.«

Bei näherer Betrachtung falle jedoch auf, daß nicht alle Teilgebiete des Landkreises Barnim von diesen positiven Trends profitiert haben. Es habe sich eine Schere zwischen strukturschwachen und prosperierenden Gemeinden und Ämtern aufgetan.

Diese Schere »darf nicht weiter auseinandergehen«, deklamieren die beiden Fraktionen. Daher stellten DIE LINKE und die SPD einen gemeinsamen Antrag im Kreistag »für Investitionszuwendungen für Kommunen in Höhe von 10 Millionen Euro ... Die Mittel sollen der Stadt Werneuchen, der Gemeinde Schorfheide sowie den Amtsbereichen Biesenthal-Barnim, Joachimsthal (Schorfheide) und Britz-Chorin-Oderberg zur Verfügung gestellt werden. Der Landkreis wird dadurch seiner Ausgleichsfunktion stärker gerecht und setzt die Entwicklungsstrategie des Landkreises Barnim konsequent fort.«

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Barnim Torsten Jeran sagte: »Auch die ländlich geprägten Gebiete unseres Landkreises stehen vor besonderen Herausforderungen in den Bereichen

der Daseinsvorsorge und wir sind sicher, daß wir mit diesen zusätzlichen finanziellen Mittel Projekte unterstützen können, die die Zukunftsfähigkeit unserer ländlichen Räume deutlich verbessern.«

Für die Fraktion DIE LINKE wies deren Fraktionsvorsitzender LUTZ KUPITZ darauf hin, daß mit den Investitionszulagen die Handlungsfähigkeit der betroffenen Gemeinden und Ämter verbessert werde und ihnen so die Realisierung auch umfangreicherer Förderprojekte ermöglicht werden kann. »Einen Barnim der zwei Geschwindigkeiten darf es nicht geben.«

Die kreislichen Rücklagen waren laut der jüngsten vorliegenden Jahresrechnung dank üppig fließender Kreisumlagen bis Ende 2015 auf über 90 Millionen Euro angewachsen. Für die Jahresrechnungen 2016 und 2017, so die Erwartung, wird mit weiteren Überschüssen in jeweils zweistelliger Millionenhöhe gerechnet.

Die übliche Praxis, defizitäre Haushaltspläne aufzustellen, dann aber die Jahre mit Überschüssen abzuschließen, werden von der Barnimer Kreisverwaltung schon seit Jahren praktiziert. Als heftiger Kritiker dieses Gebahrens trat bis vor einigen Jahren der damals als Finanzexperte der Fraktion agierende Prof. Alfred Schultz auf. In seinen Haushaltsreden forderte Schultz regelmäßig »Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit« ein. Inzwischen avancierte Prof. Schultz zum Vorsitzenden des Kreistages Barnim. Vom heutigen finanzpolitischen Sprecher der LINKEN-Fraktion ist keine Kritik am kreislichen Finanzgebaren zu hören.

Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße:

Verstoß gegen Beschlüsse der Stadt

In der lokalen Tageszeitung ließ sich die städtische Pressesprecherin Nancy Kersten jüngst zur Behauptung der Rathauspitze, ein Bürgerbegehren zu den Schutzstreifen in der Heegermühler Straße sei nicht möglich, wie folgt zitieren: »Dabei bleiben wir, dem ist nichts hinzuzufügen« (MOZ, 10./11.3.18).

In ihrer Presseerklärung vom 28. Februar berief sie sich zur Begründung dieser Behauptung auf Aussagen von Wahlleiter Robby Segebarth, die allerdings aus dem Zusammenhang gerissen und dadurch der Fehlinterpretation preisgegeben wurden.

Robby Segebarth erklärte inzwischen auf Nachfrage, daß er »zu Veröffentlichungen, welche ich nicht verfaßt habe und die keinen amtlichen Charakter besitzen, grundsätzlich keine Stellungnahmen abgebe«. Das ist ein korrektes Verhalten, wie von einem Wahlleiter zu erwarten.

Solch ein korrektes Verhalten wäre auch seitens der Pressesprecherin und der Rathauspitze – hier in persona der Baudezernentin Anne Fellner – zu erwarten gewesen. Schade, daß dem nicht so ist. Allzu durchsichtig ist der Zweck, auf diese Weise Bürger, die das Begehren unterstützen wollen, zu verunsichern.

Über die Zulässigkeit von Bürgerbegehren – so steht es im Gesetz – entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Und nicht aus subjektiver Lust, sondern anhand objektiver Kriterien. Gegen eine Ablehnung können die benannten Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens unmittelbar beim zuständigen Verwaltungsgericht klagen. Die Bürgerinitiative ist sich sicher, daß es keine objektiven Gründe gegen ihr Begehren gibt. Im Fall der Fälle wird sie sehr wahrscheinlich die Möglichkeit zur Klage nutzen.

Doch soweit sollte es nicht kommen. Die Stadtverordneten werden bei eingehender Beschäftigung mit dem Thema gewiß erken-

nen, daß nicht das Begehren der Bürger, sondern vielmehr die Einrichtung dieser Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße »unzulässig« war.

Denn dabei wurden geltende Stadtverordnetenbeschlüsse mißachtet. Die Einrichtung von Radschutzstreifen wurde bereits im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Stadt Eberswalde von 2008 thematisiert. Sie waren als »mittelfristige Zwischenlösung« vorgesehen unter der Voraussetzung, daß »nach Inbetriebnahme der Nordtangente« oder einer vergleichbaren Maßnahme (z.B. Ausbau »Lichterfelder Weg«) die Verkehrsbelastung in der Heegermühler Straße deutlich geringer geworden ist.

Das Radnutzungskonzept von 2015 greift die Maßnahme unter der Nummer B07 auf und konkretisierte die Einzelheiten, ohne nochmals auf die im VEP genannten Bedingungen einzugehen. Ob das redaktionelle Schlampelei war oder bewußtes Kalkül dahinter stand, muß nicht weiter diskutiert werden. Denn die Beschlußhierarchie ist klar. Das Radnutzungskonzept setzt den VEP um, kann diesen aber keinesfalls ins Gegenteil verkehren.

Die Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße hätten erst umgesetzt werden dürfen, wenn es tatsächlich eine wirksame Verkehrsbelastung durch die genannte Umgehungsstraßen gibt – nicht vorher.

Die Einrichtung der Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße war illegal und sollte daher schon von Amts wegen rückgängig gemacht werden.

Das aktuelle Bürgerbegehren fordert nichts weiter ein, als daß geltende Stadtverordneten-Beschlüsse eingehalten werden. Das kann wohl kaum »unzulässig« sein.

GERD MARKMANN

Weitere Informationen unter <http://radwege.alternative-eberswalde.de>.
Kontakt: radwege@alternativ-eberswalde.de

Beratung für Frauen im Rathaus möglich

Eberswalde (prest-ew). Noch bis Mitte des Monats findet die 28. Brandenburgische Frauenwoche statt. Aus diesem Anlaß möchte die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde, Katrin Forster-König, auf ein zusätzliches Beratungsangebot hinweisen. »Ich habe mich mit dem Team des Eberswalder Frauenhauses darauf verständigt, daß wir zukünftig auch im Rathaus Beratungen für schutzbedürftige Frauen anbieten«, so die Beauftragte.

Die Terminvereinbarung läuft in diesem Fall ganz unauffällig über die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte. »Manchmal trauen sich die Frauen nicht, Beratungsstellen aufzusuchen. Das Rathaus hingegen ist ein sehr neutraler

Ort, deshalb dieses zusätzliche Angebot«, so Katrin Forster-König. Das Team des Eberswalder Frauenhauses berät alle schutzbedürftigen Frauen, die von häuslicher, körperlicher, sexueller, psychischer Gewalt bedroht sind.

Die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte der Stadt, Katrin Forster-König, ist telefonisch unter der Nummer 03334/64503 oder per E-Mail unter k.forster-koenig@eberswalde.de erreichbar. »Ich hoffe, daß das zusätzliche Angebot den Frauen hilft, sich bei Problemen den Beratungsstellen leichter zu öffnen«, so die Beauftragte. Alternativ kann ein Termin für eine Beratung im Rathaus auch direkt mit den Mitarbeiterinnen des Frauenhauses vereinbart werden unter der Nummer 03334/360222.

Zu lässig

Über die Verkehrssicherheit in der Stadt Eberswalde hat die Pressestelle am 28.02.2018 in ihrer Pressemitteilung Nummer 35 Erhellendes mitgeteilt. Die umfangreichen Ausführungen laufen auf die Feststellung hinaus, daß »der durch eine Bürgerinitiative angestrebte Wunsch, die Schutzstreifen von der Fahrbahn durch ein Bürgerbegehren entfernen zu lassen, unzulässig« sei.

Natürlich wissen Sie, liebe Leserin und lieber Leser, daß Sie sich wünschen können was sie wollen – Tag und Nacht im Sitzen und im Stehen und wo Sie wollen, sogar im Verkehr. Darum braucht sich die Pressestelle nicht zu kümmern. Auch bedarf es einiger Anstrengung, wenn man einen bestimmten Wunsch gemeinsam in einer Bürgerinitiative anstrebt. Das können Sie mal ausprobieren. Damit könnte man es belassen, wenn diesem verquastesten Satz nicht das Wörtchen »unzulässig« anhängen würde. Wie kann der Bürgermeister diese Eigenschaft des angestrebten Wunsches von Bürgern und einer Bürgerinitiative erkennen? Hut ab. Dafür muß er über besondere Fähigkeiten verfügen. Außerdem läßt er sich tief in seine Seele blicken.

Zulässig beschreibt im Allgemeinen, daß etwas Wichtiges erlaubt oder gestattet ist. Ärzte und Heilpraktiker werden zugelassen, ebenso Fahrzeuge und Geschwindigkeiten sowie Klagen vor Gericht, Bürgerbegehren und anderes mehr. Bevor man eine Zulassung erhält, muß ein Antrag gestellt werden. Dieser Antrag wird von der dafür bestimmten Stelle geprüft und rechtsverbindlich entschieden. Nach der Prüfung ist ein Antrag bei Gericht zulässig oder nicht zulässig, der Arzt oder das Fahrzeug haben eine Zulassung oder keine und die Höchstgeschwindigkeit ist zugelassen oder eben nicht zugelassen.

Mit Bürgerbegehren können die Wahlbürgerinnen und Wahlbürger einen Bürgerentscheid beantragen. Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Dazu muß das Bürgerbegehren dort eingereicht werden.

Der Bürgermeister ist überhaupt nicht zuständig und die Pressesprecherin kann über das Ergebnis erst nach der Prüfung durch die Stadtverordneten informieren.

Mit jeder Unterschrift unter dem Bürgerbegehren steigt die Wahrscheinlichkeit, daß Sie diese Leute in ihre Schranken weisen. Eine solche plumpe und unsachliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung darf man nicht zulassen. Vielleicht erkennt ein Stadtverordneter das Potential der direkten Demokratie und nimmt sich der Angelegenheit an. Umständliche und verquaste Veröffentlichungen von angestrebten Wünschen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung über noch nicht eingereichte Bürgerbegehren sollte die Pressestelle lassen.

DR. MANFRED PFAFF

Ein Brief der WBG

Sehr geehrter Herr Meißner, am 05.05.95 erfolgte die Freigabe des Innenhofes und wurde damit den Anwohnern zur Nutzung übergeben. Dieser Innenhof war ein Pilotprojekt und das erste praktische Beispiel der Bürgerinitiative zur Wohnumfeldgestaltung, bei der Sie den Vorsitz hatten. Nun hat sich aber nicht jeder Anwohner mit der ökologischen Hofgestaltung symbolisiert. Viele wünschten sich einfach nur einen Innenhof, wo die Kinder spielen können, wo man ganz normal Wäschetrocknen kann und wo auch Spielgeräte vorhanden sind. Weil dies aber nicht war,



Viele Anwohner wünschen sich einfach nur einen Innenhof, wo die Kinder spielen können, wo man ganz normale Wäsche trocken kann.

wurde dieser Innenhof nicht so angenommen, wie sie es sich vorstellten, oftmals – und das wissen sie am besten – wurden die Kinder von den Grünflächen sogar verjagt. Spielen im Innenhof war einfach nicht möglich, worüber sich viele Eltern damals bei uns beschwerten.



Spielen im Innenhof war nach der Neugestaltung einfach nicht mehr möglich. Vor allem das liebste Spielzeug, das Auto, fand keinen Platz.

Nach zwei Jahren fing das Holz an zu faulen und im Jahr 2000 war der Innenhof dann zerstört [...], so daß dieser großflächig zurückgebaut werden mußte. Das Holz war nicht kesseldruckimprägniert, Pfostenschuhe wurden auch nicht eingesetzt, so daß die Fäulnis auch schnell vorhanden war. [...] Ein ökologischer Innenhof ist nun mal sehr pflegeintensiv und nicht gerade billig. Selbstverständlich können wir den Hof – entsprechen der ökologischen Pflanzung pflegen lassen. Diesbezüglich gab es vor Jahren schon eine Befragung der Anwohner. Die Mehrheit der Anwohner wollten dafür jedoch kein Geld ausgeben,

Mit freundlichen Grüßen

W., Leiterin Bewirtschaftung und Vermietung

Wohnumfeld in Plattensiedlungen

Zum Kahlschlag in einem Wohnhof in Finow-Ost (»Kurz und gut?«, BBP 1/2018)

Die Gestaltung von Wohnhöfen verlangt eine sachlich qualifizierte Zielstellung zur Gestaltung des Hofes und zur Erweiterung des Wohnbereichs bis in den Hof hinein (Wohnökologie). Solche Projekte bedürfen zudem der Begleitung durch die Anwohner, denn sie finanzieren den Unterhalt der Höfe. Für Mieten und Betriebskosten geben sie einen erheblichen Teil ihres monatlichen Budgets aus. Nicht zuletzt die demografische Entwicklung verlangt neue Gedanken zur Gestaltung des Wohnumfelds, besonders in den Plattensiedlungen. Ein gemeinschaftsförderndes Wohnumfeld wirkt gegen die zunehmende soziale Vereinsamung und fördert damit die Demokratie.

Zu dem zerstörten Wohnhof in der Ringstraße ist klarzustellen: Die Innenhofgestaltung war eine Investmaßnahme der Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) Eberswalde-Finow e.G. Auftraggeber war die Verwaltung der Genossenschaft, vertreten durch HORST GERBER, Auftragnehmer war ANDREAS TIMM. Ich begleitete die Investition fachlich.

Bereits im Vertrag mit dem Projektanten fehlte eine ausdrückliche Zielstellung im oben genannten Sinne. Während der Durchführung gab es keine Bauberatung vor Ort, also keine protokollgesicherten Festlegungen. Es gab keine Übergabe, so daß vom Einverständnis des Investauftraggeber auszugehen ist und der Auftragnehmer von weiteren Verpflichtungen entlastet war. Die nachträglich geäußerten Kritiken zum Projekt sind demzufolge nur als Selbstkritik des Auftraggebers gerechtfertigt. Der jetzige Kahlschlag war die Konsequenz.

Auf meine Einladung gab es am 6. Februar ein Vor-Ort-Treffen mit WBG-Vorstand VOLKER KLICH. Mit dabei war ein weiterer WBG-Mitarbeiter und ANDREAS REICHLING vom NABU Eberswalde.

Von Andres Reichling und mir wurde festgestellt, daß ausnahmslos alle Bäume und Sträucher nicht fachmännisch behandelt wurden. Dadurch entstand der Genossenschaft ein Schaden. Den entstandenen Schaden werden die Mieter tragen, darauf läßt die Antwort von Volker Klich auf meine Frage schließen.

Die untere Äste größerer Bäume ab Mannshöhe sowie Sträucher, wie Haselnuß, sind zum Verweilen einladende Schattenspende. Wenn die Leiterin Bewirtschaftung und Vermietung die Hofgestaltung als Pilotprojekt bezeichnet (siehe nebenstehend zitierten Brief), dann ist das Hochstapelei. Denn dafür fehlte die konstruktive Mitarbeit des WBG-Vorstands. Außerdem zeugt ihre Stellungnahme von sachlicher Ahnungsarmut. Die von ihr erwähnte Befragung ist mir nicht bekannt. War es eine gezielte Befragung zur eigenen Bestätigung?

Der neue WBG-Vorsitzende verweist darauf, daß ein gepflegtes Wohnumfeld wichtig sei. »Daß dazu in einer Waldstadt wie Eberswalde viel Grün gehört, versteht sich von selbst. Aber unsere Mitglieder haben auch ein berechtigtes Interesse daran, daß der Aufwand bezahlbar bleibt«, hebt er hervor. Überdies sei die Genossenschaft für die Verkehrssicherungspflicht in den Innenhöfen verantwortlich. Deshalb billige er die Entscheidung der Mitarbeiter, den Wildwuchs im Innenhof zu beschneiden. (MOZ, 16.1.18)

Seit Jahren wurde der kaum vorhandene, stark verkrautete und vermooste Rasen viel zu kurz gemäht, mit der Motorsense Wildkräuter, Veilchen, Wegwarte, Natterkopf, Königskerze ausgerottet, dafür aber die Verbreitung des Löwenzahns gefördert. Unter zu entfernenden Wildwuchs verstand man offensichtlich gesundes Holz, einschließlich der Zweige eines Zwergwacholders, während man abgestorbene Zweige schonte. Aus einer Zierkirsche wurde die Veredlung herausgeschnitten und der Rest gefördert... Ein weiteres Beispiel aus dem Nachbarhof: Während der Gebäuderekonstruktion wurde auch der Nachbarhof neu gestaltet. Dort wurden Zwergapfelbäume gepflanzt. Einige verdorrten. Sie wurden vom Auftragnehmer nicht ersetzt. Die Beispiele deuten darauf hin, daß es die WBG-Verwaltung mit den Kosten über Jahre hinweg nicht so genau nahm. Zur Kostenminimierung gehört auch die Kontrolle der Ausführung.

Sachliche Kritik ist konstruktiv, ich habe für mein jahrelanges Engagement ausschließlich Kritik destruktiver Art erfahren. Die von mir angebotene Unterstützung wurde nie angenommen. Nie erhielt ich eine Antwort.

Als ich mich schließlich im April 2016 an Herrn Gerbert wandte mit Fragen nach der Zukunft des schon arg geschundenen Wohnhofs, verbunden mit praktischen Vorschlägen, gab es nur den erwähnten Brief von Frau W.

Und nun wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Der ausführende Betrieb ist unter Fachleuten berüchtigt wegen seines brutalen sachunkundigen Umgangs mit der Natur. Hier stelle ich auch die Frage nach den Kosten. Vielleicht ergibt sich durch eine Befragung der Mieter, vorausgesetzt die »richtige« Fragestellung, die bereitwillige Kostenübernahme?

Den Bereich vor meinem Hauseingang hatte ich bis zum Schluß in persönlicher Pflege. Ich habe wilden Wein und Knöterich geduldig und mühsam ausgerottet, die Heckenrosen kurz gehalten, Totholz entfernt, Ein Geißblatt hochgepöppelt, zwei Nistkästen angebracht. Von dieser Stelle ging keine Gefährdung aus, im Gegenteil. Den hier entstandenen materiellen Schaden bin ich nicht bereit, mitzufinanzieren. Den psychischen Schaden an mir erwähne ich. Der ist nicht wiedergutzumachen. Das soll wohl mein Lohn sein. Der mir der täglich zugemutete Anblick eines dermaßen mißhandelten Hofes, besonders des von mir gepflegten Teils, ist schmerzlich.

KLAUS MEIßNER, Ehrenamtlicher ad

SPEICHER-Sozialkaufhaus erhalten!

Mit großem Bedauern hat die Alternative Liste Eberswalde (ALE), zur Kenntnis genommen, daß der Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (ASBKS) der Stadt Eberswalde in seiner Sitzung am 14. Februar 2018 die Förderung des »Speicher – Lehr- und Lernbetrieb« abgelehnt hat.

Das Sozialkaufhaus Nr. 2 des europäischen Regionale Fördervereins e.V. (eRFV) öffnete am 5. September 2016 in dem vom Ladenleerstand geprägten Einkaufszentrum »Heidewald« sein Pforten.

Das besondere am »Speicher« Nr. 2 ist das Konzept des Lehr- und Lernbetriebes. Auszubildende können hier ihr Wissen und Können eigenverantwortlich im Echtzeitbetrieb erproben. Die Auszubildenden erhalten hier die einzigartige Möglichkeit, sich selbst einen festen Arbeitsplatz zu schaffen. Sie verwerten noch gebrauchsfähige Möbel und Hausrat und retten sie somit vor der Vernichtung. Damit ergänzt der »Speicher« die Angebotspalette des »Heidewald« und wertet das EKZ auf. Zugleich wird einkommensschwachen und benachteiligten Einwohnern im Brandenburgischen Viertel die Möglichkeit des Nahkaufs von Möbeln und Hausrat ermöglicht.

In unserem Wahlprogramm hatten wir vorgeschlagen, dem Geschäfts-Leerstand mit alternativer Nutzung der Räume durch Vereine oder Initiativen zu begegnen und Möglichkeiten für neue und andere Konsumtions-, Produktions- und Lebensweisen zu erkunden. Beides wird mit dem »Speicher«-Projekt umgesetzt. Nicht zuletzt deshalb findet dieses Engagement des eRFV unsere volle Unterstützung.



Foto: JUREN GRANZOW

Den im Ausschuß geäußerten Argumenten, die sich gegen einen Möbelverkauf im »Heidewald« richten und »den ursprünglichen charakteristischen Zustand als Einkaufszentrum« herbeiwünschen, widersprechen wir ausdrücklich.

Angesichts der realen Situation im Ortsteil und des Leerstandes im EKZ »Heidewald« ist es völlig weltfremd, die Angebotspalette im »Heidewald« an jener der »Rathauspassage« im Stadtzentrum messen zu wollen. Die Alternative Liste Eberswalde (ALE) setzt sich für den Erhalt des SPEICHER-Sozialkaufhauses im EKZ »Heidewald« ein und wird die Projektverantwortlichen aktiv unterstützen.

GERD MARKMANN, Sprecher der Wählergruppe ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE

Weitere Infos: www.alternative-eberswalde.de

Verbaute Wege in der Stadt

Es ist gewiß eine gute Nachricht, daß die Altlasten auf dem Gelände der ehemaligen Dachpappenfabrik in Westend endlich soweit saniert werden, daß von ihnen keine Gefahr mehr für die Umwelt ausgehen kann (vgl. »Altlast verschwindet unter Kunststoffbahn« in MOZ, 22.2.18). Allerdings ist sehr bedauerlich, daß jegliche bauliche Nachnutzung des Areals am Luisenplatz ausgeschlossen wird. Das dürfte kaum der tatsächlichen Gefährdungssituation der dort vergrabenen Altlasten entsprechen. Auf dem Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik, wo ähnliche Altlasten im Boden für Umweltgefahren sorgen, kann ein großer Teil des Areals als Parkplatz genutzt werden. Eine solche Nutzung wäre aufgrund der Bahnhofsnähe sicherlich auch für das Gelände der Dachpappenfabrik sinnvoll gewesen.

Vor allem aber sollte es doch auch jetzt noch möglich sein, im Randbereich des Grundstücks einen Streifen für eine Rad- und Fußwegeverbindung zwischen Luisenplatz und Bahnhof zu reservieren. Im Zusammenhang mit bereits vorhandenen Wegen nördlich und südlich der

Drehnitzwiesen und anschließend durch die Wohngebiete in Westend könnte mit einem Fuß-/Radweg zwischen Luisenplatz und Bahnhoofsbrücke eine attraktive und vor allem für Radfahrer sichere Alternative zu den umstrittenen Radstreifen in der Heegermühler Straße entstehen.

Das der Deutschen Bahn gehörende Grundstück, das jetzt als Zufahrt für die Sanierungsarbeiten genutzt wird, wäre zudem ein guter Standort für ein Parkhaus zur Entschärfung des Stellplatzproblems der vielen Pendlerinnen und Pendler.

Und wenn wir den Visionen schonmal freien Lauf lassen, wäre vielleicht auch ein direkter Zugang zu den Bahnsteigen durch eine Verlängerung des Bahnhofs Fußgängertunnels zur Attraktivmachung des Eberswalder Hauptbahnhofs denkbar. Dann könnte das geräumige Areal westlich des Bahnhofs auch für Fahrradstellplätze, an denen es derzeit mangelt, genutzt werden (siehe auch: »Mit Kreativität und gutem Willen« in BBP 8/2017).

GERD MARKMANN

Sprecherrat im Bonhoefferhaus: Ehrenamtler eigenständig

Das Quartiersmanagement im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde ist noch unbesetzt und so versuchen wir neben unseren eigentlichen Aufgaben vorübergehend das Netz zu halten und hoffen auf Tragfähigkeit.

Wir laden Sie herzlich ein, am 19. März um 17 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Potsdamer Allee 37) den ersten Sprecherrat in diesem Jahr mit uns abzuhalten. Noch ist unklar ob die Stadtverwaltung Eberswalde in Form von Prof. Dr. JAN KÖNIG anwesend sein wird. Eine Einladung hat der Dezernent für soziale Angelegenheiten bekommen.

Wir gehen davon aus, daß spätestens am 19. März eine offizielle Information bezüglich der Besetzung und Arbeit des Quartiersmanagements seitens der Stadtverwaltung an uns Akteure im Brandenburgischen Viertel rausgegeben wird.

DOROTHEA MALIK & JÖRG RENELL

Gegen Zwangsheiraten

Was konnte TERRE DES FEMMES für Mädchen und Frauen erreichen? Wofür muß sich die Frauenrechtsorganisation weiterhin einsetzen, damit ihr Motto »Gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei« der Wirklichkeit wieder ein Stückchen näher kommt?

Als großen Erfolg verzeichnen wir das Gesetz zur Verhinderung von Frühehen, wie es der Bundestag Juni 2017 verabschiedet hat. Dafür haben wir jahrelang gekämpft: Seither wird die Heirat in Deutschland nur anerkannt, wenn bei Eheschließung das 18. Lebensjahr vollendet war – ohne Ausnahme.

Doch der Kampf gegen Zwangsehen muß weitergehen. Allein in diesem Jahr hat unsere Beratungsstelle bereits mehr als 126 Anfragen (Stand Oktober) zu Zwangs- und Frühverheiraten erhalten und weitergeholfen. Weltweit steigt die Zahl von Frühehen immer weiter an. Im Jahr 2016 waren laut UNICEF 700 Millionen Mädchen und Frauen minderjährig verheiratet. Mit der Unterstützung Internationaler Kooperationen wie YAKA-KOOP in der Türkei, setzt sich TERRE DES FEMMES auch im Ausland seit mehreren Jahren gegen diesen Mißstand ein.

Ihre Spende ist Grundlage für unsere Arbeit: gegen Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre, gegen weibliche Genitalverstümmelung, gegen Häusliche und sexualisierte Gewalt, gegen Frauenhandel und Prostitution. Allen betroffenen Frauen stehen wir beratend zur Seite. Wir leisten wichtige Präventionsarbeit, unter anderem mit Jugendlichen. Von Politikern fordern wir mehr Einsatz und mehr Investitionen in Aufklärung. Mit unserem Referat »Flucht und Frauenrechte« machen wir uns seit 2016 überdies auch für geflüchtete Mädchen und Frauen stark – wie etwa durch das Patinnenprojekt CONNECT.

CHRISTA STOLLE

Wegen der Bedeutung Ihrer Entscheidung für die künftigen Generationen fordern wir Sie auf und bitten Sie, Ihrer Verantwortung durch eine sorgfältige, umsichtige und qualifizierte Entscheidung gerecht zu werden.

Wir gehen davon aus, daß Sie die ... Unterlagen zum Deckblattverfahren/Planänderung des Planfeststellungsantrages sorgfältig studiert haben. Bereits vorher war jedoch folgendes klar:

- Die Verkehrssituation in Finowfurt bedarf dringend der Entlastung...
- Die Bürger des Talraumes von Finowfurt bis Eberswalde brauchen eine gut erreichbare Anbindung an die BAB 11.
- Das Weiterbestehen der Fachmärkte in Finowfurt hängt von einer verkehrsgünstigen Anbindung an die BAB und das übrige Straßennetz ab.
- Eine weitere Verschlechterung der Belastung durch Lärm, Feinstaub und Abgase ist weder zu ertragen noch entspricht sie den strategischen Zielen des Bundes. Sie ist nicht hinnehmbar, eine Vermeidung ist nach den derzeitigen Planungen jedoch nicht möglich...

Die derzeitigen Planungen (sind) nicht geeignet, auch nur eines der genannten Probleme zu lösen. Der Bund hat gar mitgeteilt, daß er für die Lösung innerörtlicher Verkehrsprobleme nicht zuständig ist. Eine Verschlechterung des Wohnumfeldes und zusätzliche Belastungen sind nach Auffassung des Bundes von den Bürgern entschädigungslos hinzunehmen. Gleichzeitig wird behauptet, daß die gewählte Variante 1 (Nordvariante) auch für den innerörtlichen Verkehr die maximale Entlastung bringt. Das ist ein offensichtlicher Widerspruch. Sie konnten sich selbst davon überzeugen, daß andere Varianten, insbesondere die Variante 2, gar nicht ernsthaft in Betracht gezogen und untersucht wurden. Damit hat der Bund seine Sorgfaltspflicht verletzt und seine Pflicht zu einem ergebnisoffenen Vergleich aller Varianten ... nicht wahrgenommen.

Seit 1999 ist jedoch bekannt, daß eine optimale Verkehrslösung und maximale Entlastung für Finowfurt nur durch eine neue Anbindung der Gemeinde an die BAB im Bereich des km 27,5 (Brücke Richtung Marienwerder/Sophienstädte) erreichbar ist. Der Bürgermeister hatte von der Gemeindevertretung durch entsprechenden Beschluß den Auftrag, am Tage der Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren nur dieser Variante zuzustimmen. Sie wissen, daß er diesen Auftrag ignoriert und nicht ausgeführt hat. Sein Nachfolger hat diese Haltung übernommen... Er behauptet, für die Offenhaltung der BAB-Anbindung Marienwerder Str. kämpfen zu wollen. Gleichzeitig verspricht er den Anwohnern der Marienwerder Str. eine Entlastung. Falscher und täuschender geht's nicht!

Der entschlossene Widerstand der Bürger in Finowfurt in Verbindung mit ... erforderlichen Plankorrekturen führten dazu, daß die Maßnahme, die ursprünglich bereits 2006 realisiert sein sollte, mehrfach ausgesetzt wurde...

Offener Brief an die Gemeindevertreter Schorfheide:

B167neu bringt keine Entlastung

Finowfurt (bbp). Am 28. Februar berieten die Gemeindevertreter in 1. Lesung über die Stellungnahme der Gemeinde zur Errichtung der Bundesstraße 167neu. Die offizielle Stellungnahme der Gemeinde muß bis zum 16. April fertig sein. Die »Bürgerinitiative für gute Verkehrslösungen im Talraum des Finowkanals« wandte sich mit einem Offenen Brief an die Gemeindevertreter, den wir nachfolgend in Auszügen veröffentlichen:

Wir müssen heute feststellen daß – Ergebnisse und Berechnungen der Ingenieurbüros Dr. SCHNEEWOLF und Dr. HUNGER – obwohl nie widerlegt – vom Bund nur deshalb nicht anerkannt werden, weil der Bund nicht Auftraggeber war. Statt dessen wird heute mit Zahlen für das Jahr 2025 gearbeitet, die auf Prognosen für das Jahr 2010 beruhen, die sich bereits 2010 als unzutreffend herausstellten.

– der angebliche Nutzen der Maßnahme auf einer Fahrzeiteinsparung für eine imaginär hohe Zahl von tausenden Fahrzeugen »Durchgangsverkehr« beruht. Die Zahl der Fahrzeuge wird nicht bewiesen und ist auch nicht plausibel zu erklären...

– Die derzeit angesetzten Kosten für den ersten Bauabschnitt (nur bis zur L200!) beruhen auf dem Preisniveau ... (von) 2010. Es ist offensichtlich, daß man 13 km neue Straße durch teilweise schwieriges Gebiet mit 25 Bauwerken, davon 14 Brückenbauwerken, ... nicht für 55 Millionen Euro errichten kann.

– damit ist erwiesen, daß das ausgewiesene Nutzen-Kosten-Verhältnis von 10 nicht annähernd erreicht wird. Das entscheidende Kriterium für die Einordnung der Maßnahme als »vordringlich« gibt es also nicht.

Zu dem ... gern bemühten Argument, die Gewerbegebiete der Stadt Eberswalde im Bereich der Angermünder Straße brauchen dringend eine Autobahnanbindung ist folgendes zu bemerken: Dieses Gebiet ist derzeit nicht nur durch das Schienennetz »Nordbahn« mit Anbindung an die Hauptstrecke Berlin-Szczecin gut erschlossen. Die Betriebe, die mit Massengütern beliefert werden – Märka, Mega, Schrott-Steil, Heiz 1 – liegen unmittelbar am Hafen bzw. haben eigene Kaianlagen.

Eine zusätzliche straßenseitige Erschließung kann – soweit diese Betriebe noch auf lange Zeit weiterbestehen sollten – nur dazu führen, daß Verkehr von der Schiene und vom Wasserweg zusätzlich auf die Straße verlagert wird. Das widerspricht den Grundsätzen des Bundes.

Untersuchungen zum Weiterbestehen derjenigen Betriebe, die Schwertransporte auf der Straße verursachen, müssen notwendigerweise in die Prognose des Aufkommens an Schwerverkehr ... aufgenommen werden. Das ist bisher gar nicht geschehen. Hier ist der Bund seiner Sorgfaltspflicht nicht gerecht geworden...

Das Argument der besseren Anbindung des Gewerbegebiets betrifft zudem gar nicht alle Betriebe dieser Region. Die Betriebe auf dem TGE (vormals SZMK) können ihre Standorte nur über Knotenpunkt (KP) 4 und danach wie bisher über Angermünder Straße und Lichter-

felder Brücke oder den (optionalen) KP 4a und, auch wie bisher, über die Coppi- und die Britzer Straße erreichen. Natürlich bleibt die Zufahrt über die BAB-Anbindung Werbellin erhalten, d.h. für Lichterfelde gibt es kaum Veränderungen. Daraus wird deutlich, daß es auch hier keine Entlastung durch die neue Straße geben kann.

Besonders gravierend wirkt sich die neue BAB-Anbindung mit »Endstation« L 200 auf die Verkehrssituation in Eberswalde-Nordend aus. Da sich die Planungen für den zweiten Bauabschnitt bis Hohenfinow noch in einer sehr frühen Phase befinden ... muß der Durchgangsverkehr den bisherigen Weg durch das Zentrum von Eberswalde an Markt- und Rathaus vorbei zur Freienwalder Straße nehmen. Mit OU = Ortsumfahrung, wie in den Unterlagen bezeichnet, hat das nichts zu tun...

Als Fazit ... ergibt sich die Erkenntnis, daß sich die von der Gemeindeverwaltung in ihren Einwendungen bereits eingeräumten Nachteile für den Ort Finowfurt nicht nur erneut bestätigen, sondern daß dieses Vorhaben dauerhaften Schaden für alle Bürger und für die Wirtschaft im Hauptort der Gemeinde Schorfheide mit sich bringt. Eine sorgfältige Analyse muß zu dem Ergebnis kommen, daß diese Straße auch für die Kreisstadt Eberswalde nicht nur keinen Nutzen, sondern sogar meßbaren Schaden mit sich bringt... Ein wichtiges Argument sind auch die Folgekosten, die von den Kommunen zu tragen sind und zu denen es bisher noch gar keine belastbaren Zahlen gibt. Es ... sind Überlegungen und Konzepte gefragt, deren Realisierung eine echte Entspannung der zeitweise chaotischen Verhältnisse bringt. Hier erklärt sich der Bund für nicht zuständig...

Die vom Bund geplante B167neu – Nordvariante – bringt keine wirksame Entlastung der Verkehrssituation im gesamten Talraum und schafft Fakten, die vernünftige, umweltgerechte und wirtschaftliche Verkehrslösungen für die kommenden Generationen verhindert.

Stattdessen wäre es sinnvoll, als ersten Schritt gemeinsam mit der Stadt Eberswalde einen substantiellen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in die Wege zu leiten, der zu einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen eines Großteils unserer Bürger und gleichzeitig zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung in Finowfurt und Eberswalde führen würde...

OSKAR DIETTERLE (Sprecher) und
JOHANNES MADEJA (BI-Mitglied),
Bürgerinitiative für gute Verkehrslösungen im
Talraum des Finowkanals

Feinstaub selber messen

Eberswalde (bbp). »Wir haben das Problem mit der Feinstaubbelastung vor allem durch Geschwindigkeitsbegrenzungen hinbekommen« erklärt die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner. In der Eberswalder Kreisstadt seien daher Fahrverbote für Autos mit Dieselmotoren nicht erforderlich (MOZ, 2.3.18).

Die einzige Meßstelle in der Stadt befindet sich an der Breiten Straße zwischen Braut- und Salomon-Goldschmidt-Straße. Die Meßwerte sind im Internet abrufbar (www.lfu.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.298067.de). Zumindest bei Stickoxiden gehören Eberswalder Meßwerte im Landesvergleich auf den ersten Blick durchaus zu den Spitzenreitern, was angesichts der oft zu beobachtenden Staus in der Breiten Straße wenig überrascht. Stop-and-go-Verkehr trägt keineswegs zur Minderung der Schadstoffbelastung bei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß während der Bauarbeiten an der Friedensbrückenkreuzung ein großer Teil des Verkehrs über die Heinrich-Heine-Straße umgeleitet wurde.

Mit dem einen Meßpunkt ist ein wirklicher Überblick über die Schadstoffbelastungen in der Stadt kaum möglich. Das animierte Studentin der Eberswalder Fachhochschule (HNEE), an einem tragbaren Meßinstrument zu tüfteln.

Aktuell sucht die HNEE Bürger, die sich beim Projekt »Smells like« beteiligen wollen, um Feinstaubmessungen selbstständig durchzuführen. Die Daten werden in interaktiver Karte eingespeist und bieten Möglichkeit, Pfade in der Innenstadt ausfindig zu machen, die weniger von Abgasen belastet sind.

»Aktuell gibt es eine hitzige Debatte zu schädlichen Immissionen in Deutschlands Innenstädten, doch auf lokaler Ebene bleibt das Thema wenig greifbar. Mit unserer interaktiven Karte ändert sich das. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, selbst Feinstaub vor der eigenen Haustür zu messen und so Teil unserer Erhebung zu werden«, lädt Dr. THORALF BULLER ein. Interessierten Eberswaldern stellt die HNEE kleine, handgroße Meßsensoren kostenlos zur Verfügung, die an der eigenen Hausfassade angebracht werden können. Verbunden mit einer Software können diese dann Meßdaten an die HNEE übermitteln. »Ziel ist es, daß man auf der interaktiven Karte einsehen kann, wie die Feinstaubbelastung vor der eigenen Haustür, auf dem Schulweg oder Arbeitsweg aussieht«, nennt Dr. Buller ein Szenario. So werde für die Eberswalder künftig sichtbar, wie es um die Luftverschmutzung steht. Sie können dann entscheiden, wie sie ihre Wege durch die Stadt zurücklegen wollen – mitunter verzichten sie auf ihr Auto.

B167neu unerwünscht

Längere Zeit war es um die B167 neu, von manchen Liebhabern auch als »Umgehungsstraße« gehandelt, recht still. Im Bundesverkehrswegeplan der 90er Jahre war sie unter »ferner liefen« eingeordnet, hatte keine Dringlichkeit, dafür aber die Gemüter vieler Leute erregt. Dachte doch so mancher Finowfurter und auch Eberswalder, Wünsche für eine Verkehrsberuhigung in den Wohngebiete einbringen zu können. Aber dieses Mitwirkungsinteresse war bei den oberen Bundesbehörden gar nicht so erwünscht.

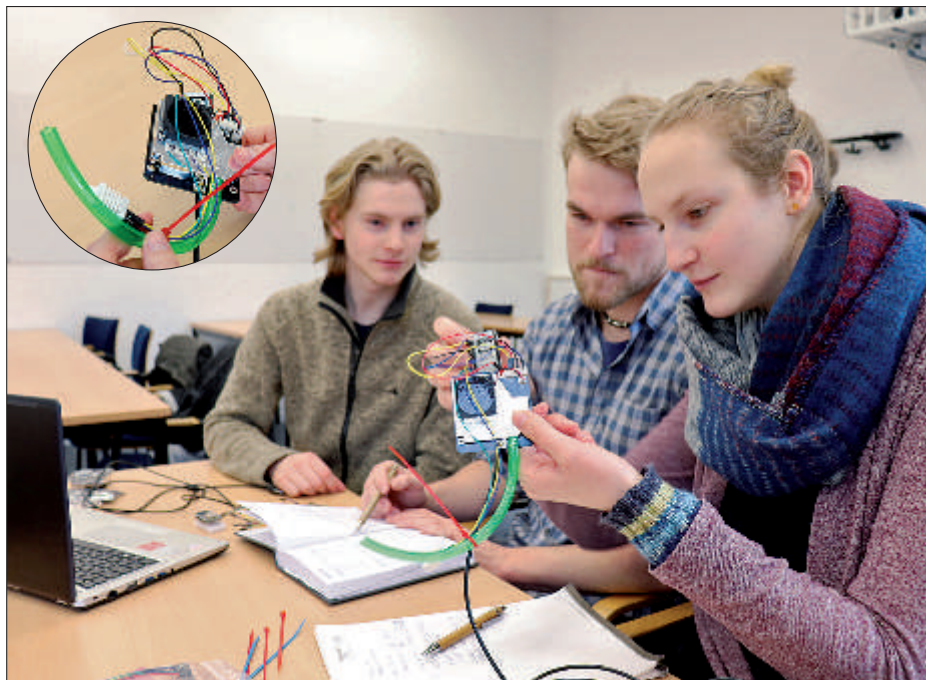
Und so wurden die eingebrachten »Varianten« einfach mal aufs Eis gelegt. Die Brummis erschütterten die Wohngebäude in der Marienwerder Straße in Finowfurt wie gehabt. Aufmerksam blieben die Anlieger der Oder-Havel-Wasserstraße, denn incl. der angelaufenen Erweiterung dieses Milliardenobjekts waren sie unmittelbar durch die direkt daneben geplante B167neu betroffen. Sie gründeten eine Bürgerinitiative (BI), die mit Argus-Augen das Vorhaben kritisch beobachtete und sich mit fachlichem Rat einmischte. Die »Barnimer Bürgerpost« berichtete in einer Artikelserie über den Fortgang der Dinge. Die BI-Vertreter wiesen nach und veröffentlichten, was Behörden hinter vorgehaltener Hand ausküngelten. Nichts von dem, was die Bürger von der Nützlichkeit dieser Planvariante hätte überzeugen sollen, ist hieb- und stichfest.

Diese B167neu ist für die große Mehrheit der Bürger des Oberbarnim keine Entlastung, sondern eher ein Schrecken! Sie ist von den politisch Verantwortlichen der BRD in Verbindung mit dem Sicherheitsgekläffe gewisser Militärs, insbesondere gegen Rußland, als gefundene Nachschublinie für die Logistik der Bundeswehr im Rahmen der NATO nach Osten aus der Versenkung gezogen worden.

Den Bürgern bleiben nur die zusätzlichen Kosten für den Ausbau der für 100 km/h ausgelegten kreuzungsfreien Schnellstraße, die unsere Region in zwei Teile zerschneidet, die Anlieger durch den Schnellverkehr enorm belastet, das Erholungsgebiet Üdersee einschränkt, die Marienwerder Straße in Finowfurt nicht entlastet, die Zugänglichkeit für industrielle Lagen in der Region Eberswalde-Finowfurt behindert, den Durchgangsverkehr konzentriert in den Eberswalder Stadtkern (Markt) leitet, den innerstädtischen Verkehr zur A11 und Richtung Liebenwalde weiterhin durch Finowfurt leitet und wegen fehlender Zufahrten zur neuen B167 zu Umwegen in Hülle und Fülle führt.

Nicht nur eine Stadt, nein eine ganze Region, wird willens unbrauchbarer politischer Entscheidungen von inkompetenten Machthabern zerteilt, zum Widerspruch herausgefordert und in erster Linie kriegslüsternen Interessen geopfert.

Stoppt diese Rollbahn gegen den Frieden durch massenhaften Protest!



HNEE-Studierende bauen Sensoren zusammen, die den Eberswaldern ermöglichen sollen, selbstständig Feinstaubmessungen am eigenen Wohnobjekt durchzuführen. Pascal Herfort, Ramin Apitz und Inke Kühl (v.l.n.r) gehören zur Gruppe, die im Modul Umweltmanagement am Fachbereich Nachhaltige Wirtschaft, die Idee zum Projekt »Smells like« hatten.

Fotos: HNEE 2018

Aktuell sucht das HNEE-Forschungsteam interessierte Bürger, die an dem Projekt mitwirken wollen. Sie können sich unter Angabe ihrer Kontaktdaten (Name, Anschrift, E-Mail und Telefonnummer) direkt an Dr. Thoralf Buller wenden. Von ihm erhalten Sie dann einen Zugang zur interaktiven Karte und werden über den Fortschritt des Projekts informiert. Zu gegebener Zeit werden Sie dann zu einem Workshop zum Umgang mit den Messgeräten an der HNEE eingeladen und geschult: thoralf.buller@hnee.de

Entscheidend für jeden »Wasserkunden« ist die Summe aller Kosten für das Trinkwasser und das Schmutzwasser zusammen. Die Kosten für die Beherrschung des Niederschlagswassers und für den Hochwasserschutz haben in einem Wasser-/Abwasservergleich nichts zu suchen. Ein Vergleich ist überhaupt nur dann von Interesse, wenn er dazu führt, daß bestehende Ungleichgewichte und Verzerrungen abgebaut werden.

Dieses Ziel hatte wohl auch der Auftraggeber der Studie, der Bundesverband Haus und Grund. Er wird jedoch dieses Ziel nur in wenigen Ausnahmefällen erreichen. Jeder Versuch, Privathaushalte und Unternehmen von Kosten zu entlasten, würde zu einer Verschlechterung der Einnahmesituation des jeweiligen Aufgabenträgers führen und ist deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. Aus dem gleichen Grunde wird der Gesetzgeber z.B. die durchaus richtig erkannte gesetz- und sittenwidrige Quersubventionierung anderer öffentlicher Aufgaben zu Lasten der Wasserkunden nicht unterbinden. Es sollte selbstverständlich sein, daß auch andere gesetzwidrige Praktiken und regelrechter Betrug (die natürlich immer bestritten werden) von staatlichen Kontrollorganen erkannt und verhindert, jedenfalls aber streng bestraft werden.

Das geschieht aber nicht. Statt dessen erzählt man den Bürgern, daß sie ja klagen können, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Schließlich leben wir ja in einem Rechtsstaat. Daß die Betroffenen darauf verzichten, weil sie gar nicht in der Lage sind, die Klage selbst vorzutragen, einen Anwalt beauftragen müßten und vermutlich das Ende des Verfahrens gar nicht mehr erleben – das gehört zur Strategie der Aufgabenträger. Solche Probleme, die leider nicht zu den Ausnahmen gehören, waren nicht Gegenstand der Studie.

Die Aufgabenträger versuchen immer wieder, die Kosten durch verbrauchsunabhängige Grundgebühren zu »erwirtschaften«. Noch gibt es sie nur in etwa zehn Prozent aller betrachteten Städte, aber die werden sie beibehalten und – so die Erfahrung – ausbauen. Die Grundgebühren haben im Vergleich zu den Verbrauchsgebühren oft eine solche Höhe erreicht, daß der Wasserverbrauch untergeordnet bleibt. So fehlt der Anreiz, mit Wasser sparsam umzugehen. Die Bedeutung des sorgsam Umgangs mit Wasser kommt nur noch in Fest- und Sonntagsreden vor. In Wahrheit ist kein Zweckverband daran interessiert. Hier läuft also – ökologisch gesehen – etwas schief.

Äußerst beliebt ist auch der Versuch, die Kosten für neue Anschlüsse und für die Erneuerung alter Anschlüsse von den Grundstückseignern einzutreiben, auch wenn das gar nicht zulässig ist, etwa weil die Erneuerung mit den in den laufenden Gebühren enthaltenen Abschreibungen längst bezahlt ist bzw. der Verband sich zu 100% über Gebühren finanzieren muß, wie z.B. der ZWA Eberswalde, in dessen Satzung eine Beitragsfinanzierung (übrigens

Dauerbrenner Abwassergebühren

Positionen und Vergleiche im Rechtsstaat (Teil 2)

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat die Abwassergebühren in den 100 größten deutschen Städten verglichen und hat »drastische Unterschiede« festgestellt. Warum ist das so? Hier Teil 2 der Recherchen:

nicht ganz freiwillig) nicht mehr vorgesehen ist. Natürlich könnte sich jeder gegen rechtswidrige Forderungen wehren, aber viele können es nicht und tun es nicht, weil sie glauben, daß eine Behörde (die übrigens ein Zweckverband nicht ist) rechtskonform handeln muß. Leider ist das ein Irrtum. Das wissen wir spätestens seit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 zu rechtswidrig erhobenen Anschlußbeiträgen, in dem das höchste deutsche Gericht den Aufgabenträgern, der Landesregierung, den Verwaltungsgerichten und gar dem Landesverfassungsgericht gesetzwidriges Handeln nachgewiesen hat. Jetzt müssen Millionen zu Unrecht erhobener Beiträge zurückgezahlt werden und – schon wieder ist Betrug im Gange – das Geld sollen die Bürger selbst mit höheren Gebühren aufbringen. Das ist nicht zulässig, denn die Rückzahlungsbeträge kann man natürlich nicht in die Gebührenkalkulation einbeziehen!

Es gibt immer noch Verbände, die sich, bestärkt durch die rosarote Landesregierung, sträuben und versuchen, die Rückzahlung davon abhängig machen, ob damals Widerspruch eingelegt wurde. Von allen Betroffenen geht in diesen Tagen tausendfacher Dank an den Abgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler) der sich, von SPD und LINKEN angefeindet, redlich und aufopfernd bemüht hat, die Lan-

desregierung auf den Weg des Rechts zurückzuführen. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Der Journalist Andreas Wendt (MOZ vom 1./2. Juli 2017) schreibt unter der Überschrift Gesetz stiftet Unfrieden: »Statt ohne Diskussion alle rechtswidrig erhobenen Beiträge zurückzuzahlen, entscheiden Kommunen und Zweckverbände anhand ihrer wirtschaftlichen Stärke. Diese Optionen hatten aber die betroffenen Grundstückseigentümer nie. Sie sind der Zahlungsaufforderung nachgekommen und wundern sich nun darüber, warum die Zweckverbände diese Einnahmen trotz eines rechtskräftigen Gerichtsbeschlusses nicht mehr zurückzahlen können und vom Land mit Krediten unterstützt werden müssen.«

Hier darf ich ergänzen, daß es der Innenminister dieses Landes (SPD) gewagt hat, den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts – der hat Gesetzeskraft! – im Landtag öffentlich als ein »Fehlurteil« zu bezeichnen. So eine Äußerung muß – eigentlich! – Konsequenzen nach sich ziehen, aber nicht im Land Brandenburg! An dieser Stelle sage ich mit Otto Reutter: »*Ich wunder mir über jamischt mehr!*« Es ist eben nicht leicht, in einem Rechtsstaat – wir leben doch in einem, oder doch nicht? – zu seinem Recht zu kommen und offenbar unmöglich, immer neues Unrecht zu verhindern.

JOHANNES MADEJA

Tourismus im Barnim: UnerreichBAR?

In ganz Brandenburg boomt der Tourismus. Nur im Kreis Barnim gab es laut Tourismusbilanz 2017 einen Rückgang der Übernachtungszahlen. Dies nur mit dem schlechten Wetter und der Bahn-Baustelle am Karower Kreuz begründen zu wollen, greift zu kurz. Daß die guten Chancen für den Tourismus im Barnim unzureichend ausgeschöpft werden, hat auch hausgemachte Gründe.

Die erfolgreichen touristischen Regionen in Brandenburg verfügen über eigenständige Tourismusfördergesellschaften. Im Barnim sind Wirtschafts- und Tourismusförderung in der WITO GmbH gebündelt. Mit drei Personalstellen für den Tourismus gehört der Barnim seit Jahren zu den Schlußlichtern in Brandenburg. Das Wirtschaftsministerium empfiehlt 7,5 Stellen für unsere Tourismusregion. Auch die ewig währende Hängepartie um ein touristisch bedeutsames Projekt wie den Finowkanal ist der Entwicklung nicht förderlich.

Der Tourismus im Barnim braucht endlich eine klare strategische Ausrichtung, die konsequent umgesetzt wird. Zudem eigenständige und langfristig gesicherte Förderstrukturen mit deutlich mehr Personal und Mitteln. Das wäre die Basis für eine fruchtbare Kooperation zwischen touristischen Anbietern, Kommunen und Tourismusmarketing. Die Politik steht in der Verantwortung, diese Strukturen zu schaf-

fen. Nur so können wir das exzellente Tourismusmarketing auf Landesebene für unsere Regionen nutzen. Kirchturmdenken und Parallelstrukturen helfen uns nicht weiter.

Die jetzt geplante Budgeterhöhung der WITO um 60.000 Euro pro Jahr ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er wird aber nicht ausreichen. Die Uckermark z.B. macht uns seit Jahren vor, wie Tourismus erfolgreich geht: Dort gibt es ein klares Leitbild für die Nachhaltige Tourismusregion Uckermark. Mit sechs Personalstellen und einem Kreiszuschuß von 350.000 Euro pro Jahr sind die Bedingungen für die Tourismusförderung deutlich besser als im wirtschaftlich stärkeren Barnim.

Die Tourismuswirtschaft ist mit über 100.000 Beschäftigten und mehr als 6 Mrd. Euro Umsatz ein Job- und Wertschöpfungsmotor in Brandenburg. Jeder zwölfte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Tourismus ab.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

»Baumpflege« am Finowkanal **Kostenloser ÖPNV?**



FOTO: BERND POMIRENE

Wer hat diese fürchterlichen Baumverstümmelungen vorgenommen? Ohne Sinn und Verstand sind hier Bäume gekappt worden, die nie auseinander gebrochen wären. Die Ästhetik dieses schönen Lindenensembles am alten Finowkanal ist jetzt völlig hin. Bienenweide ist vernichtet worden. Es entstand ein riesiger ökologischer Schaden. Soll das jetzt immer so weitergehen in Eberswalde und Umgebung?

Dr. ANDREAS STEINER

»Wir können Klimaschutz«

Eberswalde als »Aktionskommune«

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde ist als eine von 18 Aktionskommunen im Rahmen der bundesweiten Aktionstage 2018 »Wir können Klimaschutz« des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUB) ausgewählt worden. Neben Eberswalde sind Städte wie Stralsund, Fulda, Wernigerode oder Ulm dabei.

»Die Aktionstage sollen zeigen, daß Klimaschutz gerade auf kommunaler Ebene sehr facettenreich ist und daß jeder Einzelne dazu beitragen kann«, so der Klimaschutzmanager der Stadt Eberswalde, JACOB RENNER. Denn Klimaschutz lebt vom vielfältigen und oft kleinteiligen Engagement der vielen Akteurinnen und Akteu-

re vor Ort. Genau diesen soll an dem Tag die Möglichkeit geboten werden, die unterschiedlichsten Klimaschutzaktivitäten in Eberswalde zu präsentieren, neue Verbündete zu finden und bestehende Netzwerke zu pflegen.

»Insbesondere wendet sich der Aktionstag aber auch an die breite Öffentlichkeit. Frauen und Männer, Familien und Singles, Kinder und Erwachsene – sie alle sind herzlich eingeladen, Aktionen und Wissenswertes rund um das Thema Klimaschutz zu erleben«, so Renner.

Der Aktionstag findet gemeinsam mit den Kreiswerken Barnim am 9. Juni, von 10 bis 16 Uhr, im Rahmen eines Tages der offenen Tür auf dem Gelände der Deponie Ostende statt.

Schallüberprüfung von Windrädern

Bernau (bvb/bbp). Der Antrag der Fraktion BVB/Free Wähler auf Schallüberprüfung der Bernauer Windräder, wurde am 8. März auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Bernau mit breiter Mehrheit angenommen. Bei rund 30 Ja-Stimmen gab es nur eine Nein-Stimme von der SPD. Hintergrund ist die durch die immer größer werdenden Anlagen steigenden Geräuschbelästigungen für Anwohner, was bei teilweise deutlichem Überschreiten der Grenzwerte zu erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen führen kann. In den vergangenen zwei Jahren wurden in Brandenburg über 300 Windräder gebaut, nur 28 wurden schallüberprüft, hiervon im Barnim eines, in Bernau null.

Auch auf der Ebene des Landkreises engagieren sich BVB/Free Wähler gegen weitere Windräder. Die Barnimer Vertreter in der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) sollen aufgefordert werden, gegen die Festsetzung weiterer Windgebiete zu votieren.

Aufgrund der massiven baulichen und schallbedingten Belastung der Barnimer Bevölkerung und der unverkennbaren Umweltfrevell bedürfe es eines planerischen Umdenkens. »Der Landkreis hat einen massiven Beitrag zur Energiewende geleistet, weitere Zumutungen – wie etwa das Abholzen von Wäldern – sind nicht mehr hinzunehmen«, erklärt der Kreistagsabgeordnete Thomas Strese. Zugleich soll die öffentliche Kontrolle über die RPG verbessert werden.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) steht einem kostenlosen ÖPNV grundsätzlich positiv gegenüber, dafür muß jedoch die Durchführung und auch die Infrastruktur ausreichend finanziert werden. Da die Kommunen dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ist die Beteiligung des Bundes im großen Umfang notwendig.

Allein für den Großraum Berlin ist dafür eine Milliardensumme erforderlich. Geld muß zunächst fließen, um die wegfallenden Fahr-schein-Einnahmen aufzufangen. Wenn der Personentransport auf Busse und Bahnen umgelenkt werden soll, ist die technische Infrastruktur dafür zu schaffen.

Durch jahrelange chronische Unterfinanzierung und drastische Sparmaßnahmen wäre das für den Berliner ÖPNV eine Mammutaufgabe. Der Zusammenbruch der S-Bahn ist noch in deutlicher Erinnerung: Sparmaßnahmen haben im Zusammenhang mit technischen Problemen letztlich dazu geführt, daß die Berliner S-Bahn ab 2008 zeitweilig überhaupt nicht mehr fahren konnte. Aber auch der Berliner BVG fehlen nicht nur Busse, Straßen- und U-Bahnen, sondern auch das notwendige Personal. Aufgrund der relativ schlechten Bezahlung und der Arbeitsbedingungen ist es schon jetzt schwer, geeignetes Fahrpersonal zu finden. Daher muß sichergestellt werden, daß bei einem kostenfreien ÖPNV der Kostendruck nicht auf die Beschäftigten zurückfällt. Gute Arbeitsbedingungen und eine attraktive Bezahlung sind Grundvoraussetzung für ausreichend Personal, damit der ÖPNV noch mehr als die ohnehin deutlich steigenden Fahrgastzahlen im täglichen Geschäft bewältigen kann.

Um den ÖPNV in der Hauptstadtregion attraktiver machen zu können, muß das Augenmerk zudem auf die vielen zehntausend Pendlerinnen und Pendler gerichtet werden, die täglich mit den »Öffis« zwischen Wohnung und Arbeitsplatz pendeln. Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und Brandenburg sind dazu auszubauen, im Netz der DB sind die Taktzahlen für die Regionalbahnen zu erhöhen, S- und U-Bahnstrecken sind zu erweitern und neu anzulegen. Erst zusammen mit den dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen ist eine Debatte über einen kostenlosen ÖPNV in der Hauptstadtregion sinnvoll.

SUSANNE STUMPENHUSEN,
ver.di-Landesbezirksleiterin

Liebe auf Sibirisch

Am Freitag, dem 16. März, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal um 19.30 Uhr den Dokumentarfilm »Liebe auf Sibirisch« von Olga Delane (BRD 2016). Der Film gibt tiefgreifende und humorvolle Einblicke in den Alltag sibirischer Familien und stellt die Frage nach der Sinnhaftigkeit traditioneller Beziehungsmodelle für das Hier und Heute.

GISBERT AMM

Wirtschaft »anders«

Alles wird zum Kapital

Mit ihrem dritten Forschungsschwerpunkt (FSP) setzt die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) ein Zeichen im Umgang mit begrenzten Ressourcen. »*Anders wirtschaften*« lautet die Devise, mit der am Fachbereich »*Nachhaltige Wirtschaft*« noch besser und gebündelter auf Fragestellungen zum nachhaltigen Management von Human-, Natur-, Finanz-, Sach-, und Sozialkapital eingegangen werden soll. Ein Schritt der das Hochschulprofil komplementiert.

Kreisläufe wirtschaftlich gestalten, funktioniert derzeit eher nachteilig für die Umwelt und den Menschen. So gehen beispielsweise nur zehn Prozent bei Naturentnahme wie in der Kaffeeproduktion ein, während 90 Prozent in diesem Beispiel der Kaffeesatz häufig lediglich als Abfall wahrgenommen werden – wie könnte man das Verhältnis umdrehen und 90 Prozent als Ressource für ein »*anderes Wirtschaften*« begreifen?

»*Genau bei solchen Fragestellungen setzen wir mit dem 3. Forschungsschwerpunkt unserer Hochschule an*«, bekräftigt Prof. Dr. ALEXANDER PFRIEM, Vizepräsident für Forschung und Technologietransfer an der HNEE. »*Neben den zwei bisherigen Forschungsschwerpunkten, die einerseits naturwissenschaftlich und andererseits ingenieurwissenschaftlich geprägt sind, ist ‚Nachhaltiges Management begrenzter Ressourcen‘ ein vergleichsweise junger, aufstrebender FSP, der maßgeblich durch unseren Fachbereich ‚Nachhaltige Wirtschaft‘ geprägt wird*«, ergänzt er. Mit ihm könne die Entwicklung von nachhaltigkeitsorientierten Managementansätzen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen im Bereich unterschiedlicher Kapitalarten gezielter vorangetrieben werden. »*Neben dem Naturkapital gehören auch das Finanzkapital oder Sozialkapital dazu – beides Ressourcen, die mitunter besonders auf regionaler Ebene begrenzt sind. Wie ist es dennoch möglich, mit begrenzten finanziellen Mitteln sinnvoll zu wirtschaften? Wie kann man das Engagement von Menschen vor Ort befördern, um tragfähige und dauerhaften Lösungen für Unternehmen und Regionen zu finden?*«, fragt Prof. Dr. ALEXANDER CONRAD, Leiter des Studiengangs Regionalmanagement an der HNEE.

Mit der Bestätigung des Antrages für den neuen FSP wird es nun einfacher möglich sein, Drittmittel für entsprechende Forschungsprojekte zu beantragen. Zugleich unterstreicht der FSP die unter brandenburgischen Hochschulen einzigartige Profilierung der HNEE. »*Die Hochschule bedient damit die Zukunftsthemen, wie sie von der Bundesregierung in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie Anfang 2017 beschlossen haben. Diese basieren auf die von der Weltgemeinschaft im Jahr 2015 verabschiedeten ‚Agenda 2030‘, die insgesamt 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Welt formuliert*«, erklärt Prof. Dr. Alexander Conrad.

ANNIKA BISCHOF

Sapere aude!

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (naturaliter majorenes), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt u.s.w., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen. Daß der bei weitem größte Teil der Menschen (darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit außer dem, daß er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperreten, wagen durften, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es versuchen, allein zu gehen. Nun ist diese Gefahr zwar eben so groß nicht, denn sie würden durch einigemal Fallen wohl endlich gehen lernen; allein ein Beispiel von der Art macht doch schüchtern und schreckt gemeiniglich von allen ferneren Versuchen ab.

Es ist also für jeden einzelnen Menschen schwer, sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten. Er hat sie sogar liebgewonnen und ist vorderhand wirklich unfähig, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, weil man ihn niemals den Versuch davon machen ließ. Satzungen und Formeln, diese mechanischen Werkzeuge eines vernünftigen Gebrauchs oder vielmehr Mißbrauchs seiner Naturgaben, sind die Fußschellen einer immerwährenden Unmündigkeit. Wer sie auch abwürfe, würde dennoch auch über den schmalsten Graben einen nur unsicheren Sprung tun, weil er zu dergleichen freier Bewegung nicht gewöhnt ist. Daher gibt es nur wenige, denen es gelungen ist, durch eigene Bearbeitung ihres Geistes sich aus der Unmündigkeit herauszuwickeln und dennoch einen sicheren Gang zu tun.

Daß aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit läßt, beinahe unausbleiblich. Denn da werden sich immer einige Selbstdenkende, sogar unter den eingesetzten Vormündern des großen Haufens, finden, nachdem sie

das Joch der Unmündigkeit selbst abgeworfen haben, den Geist einer vernünftigen Schätzung des eigenen Werts und des Berufs jedes Menschen, selbst zu denken, um sich verbreiten werden. Besonders ist hierbei: daß das Publikum, welches zuvor von ihnen unter diese Joch gebracht worden, sie hernach selbst zwingt, darunter zu bleiben, wenn es von einigen seiner Vormünder, die selbst aller Aufklärung unfähig sind, dazu aufgewiegelt worden; so schädlich ist es, Vorurteile zu pflanzen, weil sie sich zuletzt an denen selbst rächen, die, oder deren Vorgänger, ihre Urheber gewesen sind. Daher kann ein Publikum nur langsam zur Aufklärung gelangen. Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zustande kommen; sondern neue Vorurteile werden, ebensowohl als die alten, zum Leitbande des gedankenlosen großen Haufens dienen.

Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen. Nun höre ich aber von allen Seiten rufen: räsoniert nicht! Der Offizier sagt: räsoniert nicht, sondern exerziert! Der Finanzrat: räsoniert nicht, sondern bezahlt! Der Geistliche: räsoniert nicht, sondern glaubt! (Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: räsoniert, soviel ihr wollt und worüber ihr wollt; aber gehorcht!) Hier ist überall Einschränkung der Freiheit. Welche Einschränkung aber ist der Aufklärung hinderlich? welche nicht, sondern ihr wohl gar beförderlich? – Ich antworte; der öffentliche Gebrauch seiner Vernunft muß jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zustande bringen; der Privatgebrauch derselben aber darf öfters sehr enge eingeschränkt sein, ohne doch darum den Fortschritt der Aufklärung sonderlich zu hindern. Ich verstehen aber unter dem öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand als Gelehrter von ihr vor dem ganzen Publikum der Leserwelt macht. Den Privatgebrauch nenne ich denjenigen, den er in einem gewissen ihm anvertrauten bürgerlichen Posten oder Amte von seiner Vernunft machen darf. [...]

IMMANUEL KANT

Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? in: Berlinische Monatsschrift, Dezember 1784, 481-494

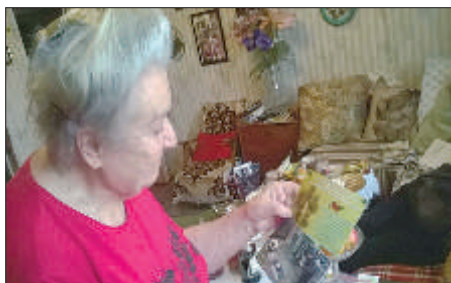
Dieser Beitrag wurde von KLAUS MEINER herausgegeben. Er geht davon aus, daß die Leserinnen und Leser den Zusammenhang mit seinem Artikel auf Seite 6 erkennen und verstehen.

Nachricht aus Rostow am Don Eine Frauentagsfeier

100. Jahre »Tag der Armee« mit GALINA KAPUSTINA



Im Dezember 1917 begannen in Brest-Litowsk Friedensverhandlungen zwischen dem revolutionären Sowjetrußland und dem kaiserlichen Deutschland. Angesichts der expansionistischen deutschen Forderungen verweigerte



Marina Antipova, Mitarbeiterin des Museums im Haus der Offiziere in Rostow am Don überbrachte GALINA KAPUSTINA, der Witwe des 1966 im Stößensee verunglückten sowjetischen Fliegers Boris Kapustin, die Glückwünsche der Eberswalder Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. zu ihrem 83. Geburtstag. Marina Antipova übergab ihr auch Bilder von den Kranzniederlegungen in Eberswalde an der Gedenktafel für Boris Kapustin und Juri Janow.

FOTOS: MARINA ANTIPOVA

Völkerfreundschaft

*Völkerfreundschaften werden Völker vereinen und auf alle Fälle Kriege vermeiden
Die Rüstungsbosse kommen ins Schwitzen
sie bleiben auf ihren Waffen sitzen.*

Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Dann brauchen wir auch keine Sicherheitskonferenz. Glaubts es mir. Das sagt die rote Oma, vierundneunzig Jahre alt, die vom 15. bis 21. Lebensjahr den 2. Weltkrieg miterleben mußte.

ELISABETH MONSIG

Leo Trotzki, der Leiter der sowjetischen Delegation, entgegen Lenins ausdrücklicher Weisung die Unterzeichnung des Vertrages. Ein tragischer Fehler, wie sich bald herausstellte. Ab Mitte Februar 1918 gingen die deutschen, österreich-ungarischen und türkischen Truppen mit mehr als 700.000 Mann an der gesamten Front von der Ostsee bis zum Kaukasus zur Offensive über. Die alte russische Armee war in voller Auflösung und leistete kaum Widerstand. Das Dekret zur Bildung der neuen Roten Armee datierte zwar auf den 28. Januar 1918, aber zur neuen Streitmacht zählten erst 36.000 Mann. Nur 6.000 Mann traten den Aggressoren im nördlichen Abschnitt vor Petrograd entgegen. Der Vormarsch des deutschen Heeres erschien als unaufhaltsam.

Aber vor 100 Jahren, am 22. und 23. Februar 1918, folgten allein in Petrograd 60.000 Freiwillige dem Aufruf »Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr« vom 21. Februar. Zehntausende meldeten sich in Moskau und in anderen Teilen Sowjetrußlands. In den Gefechten bei Narwa und Pskow konnten die eilig an die Front geworfenen Einheiten der Roten Armee die überlegenen deutschen Truppen aufhalten. Der 23. Februar wurde seitdem als »Tag der Roten Armee« begangen. Diese Tradition lebt auch nach dem Ende der Sowjetunion fort. Allerdings unter dem neuen Namen »Tag des Verteidigers des Vaterlandes«.

Aus diesem Anlaß fand am 23. Februar 2018 im HAUS DER OFFIZIERE in ROSTOW AM DON eine Exkursionsveranstaltung mit jungen Militärangehörigen statt. GALINA ANDERJEWNA KAPUSTINA erzählte von den Heldentaten ihres Mannes. Die Soldaten hörten mit riesigem Interesse zu.

(bfg/bbp)

Mit Musik und je einer Rose wurden die Teilnehmerinnen der Festveranstaltung am Internationalen Frauentag 2018 von den Mitgliedern des Vorstandes der AG Senioren der Linken Eberswalde am Nachmittag des 8. März im »Café am Weidendamm« begrüßt.

Das Kollektiv des Hauses hatte in gewohnter Weise den Raum hergerichtet, den Kamin geheizt, mit Kaffee und herrlichem Kuchen zum Gelingen beigetragen. Leider machte uns das Wetter schwer zu schaffen, so daß einige Gäste krankheitsbedingt fehlten.

Der Internationale Frauentag ist noch immer als Kampftag notwendig. Die tagtägliche Diskriminierung der Frauen in der Welt, aber auch in unserem so »reichen Deutschland« erfordert weiter unsere größte Aufmerksamkeit.

An diesem Feiertag erinnerten wir auch an die aktive Mitgestaltung der Frauen am Aufbau der DDR. Im Vorfeld hatten wir gebeten, zur Gestaltung des Tages DDR-Kulturgut als Ausstellungsstücke mitzubringen. Viele Teilnehmer, Freunde, Spender schufen so eine kleine, feine Ausstellung. Diese wollen wir zum 7. Oktober 2018 mit weiteren Exponaten erweitern. Wir wollen an die DDR erinnern, ohne diese Zeit zu verklären.

Der Ehrenvorsitzende der AG Senioren, Genosse Georg Schulze sprach einen Tost auf die weiteren Kräfte der Frauen in der Zukunft aus. Dabei rief er alle Teilnehmer auf, mit den notleidenden Kindern und Frauen in der Welt auch in Zukunft eine aktive Solidarität zu üben.

Das Kulturprogramm gestaltete der Schallplattenunterhalter und Conferencier Michael Koth mit seinem Team aus Berlin. Musik, Gesang, Wissensfragen, Tanzmusik, Tanz u.a. waren die Höhepunkte. Der Vortrag: »Frauentag 1977 im Krambau Eberswalde« weckte bei manchen Teilnehmerinnen viele Erinnerungen an die vergangenen Zeiten. Dazu erinnerten Spender mit historischen Haferflockenkekzen an die 1950er Jahre. Es war eine Freude und gelungene Überraschung.

Der Vorstand bedankte sich bei den aktiven Frauen für ihre Beiträge zur Gestaltung des abwechslungsreichen Vereinslebens 2017.

Insbesondere bei ERIKA GRÜNDER für die Sicherung und Organisation der Gratulation unserer Geburtstagskinder im laufenden Jahr; bei UTA HENZE für ihre Mitwirkung am Gestalten der Seniorentreffen und der Organisation des Vertriebes der Einladungen; bei AGNES GRÜNING für die Sicherung der helfenden Hand aus der Gemeinschaftsarbeit mit dem »Rotfuchs«-Förderverein sowie für die Sicherung der kasernenmäßigen Erfordernisse.

Mit einem Dankesgedicht von Versmacherin MARIA BENDITZ an das Kollektiv des »Cafés am Weidendamm« ging ein unterhaltsamer, kurzweiliger und interessanter Nachmittag zu Ende.

Es gab viele Geschichten über ihn, erfundene und verbürgte – über Dr. med. FRIEDRICH BEITZKE. So soll der Facharzt für Hals, Nase und Ohr einen Patienten geohrfeigt haben, der ihn wegen einer Sprachstörung konsultierte. Als sich der Stammler vorstellte, fühlte sich Beitzke, der selbst mit der Zunge anststststieß, verscheißert und verlor die Beherrschung.

Eine andere, glaubwürdigere Anekdote erzählt von einem Nasenkranken, der an der Diagnose Beitzkes zweifelte und die vorgeschlagene Therapie für unnötig hielt. Er machte sich auf nach Berlin, um sich an der Charité, wo die Koryphäen saßen, abermals vorzustellen. Im dortigen Sprechzimmer saß – Dr. BEITZKE, der seiner speziellen Kenntnisse wegen auch im medizinischen Olymp gastierte. »Da staunste«, soll der gesagt haben, »ich hatte mir schon in Eberswalde notiert: Scheißkerl«.

Ein Ausbund taktvollen Umgangs mit seiner Kundschaft war er jedenfalls nicht, »Reiß dich mal zusammen« - so fuhr er ältere Jungen an, wenn die vor einem Polypeneingriff ins Zittern kamen. Jüngeren Kindern gegenüber zeigte er sich sanfter und brubbelte Beschwichtigendes.

Lehrer, die wegen Stimmband-, Stimmritzen- und Stimmausfallproblemen berufsbedingt häufiger bei ihm vorsprachen als andere, mochte er nicht. Möglich, daß frühere Schülererlebnisse eine Rolle spielten. Sicherer Blicks machte er Pädagogen unter seiner Klientel aus: »Arschpauker – stimmst?« Er hatte immer recht, oft geschah es, daß er die Diagno-

Die lokale Tageszeitung beklagte kürzlich das Fehlen von Psychotherapieplätzen (MOZ, 15.2.18). Und die Anzahl der psychischen Erkrankungen nahm in den letzten Jahren deutlich zu. So leiden rund 8% der Bevölkerung in Deutschland an behandlungsbedürftigen Depressionen, etwa 12% erkranken im Laufe ihres Lebens mindestens einmal an einer Depression. Psychische Erkrankungen sind nach Statistiken die dritthäufigste Gruppe bei Krankschreibungen. Die Dauer der Ausfalltage durch psychische Erkrankungen liegt deutlich über dem Durchschnitt. Die Krankheitskosten durch psychische Erkrankungen steigen immer mehr an.

Der Begriff »Psychotherapie« wird nur für die Behandlung von psychisch kranken Menschen mittels Gesprächen oder übenden Verfahren verwendet. »Übende Verfahren« für die Entspannung sind z.B. die Progressive Muskelentspannung nach Jacobson oder das Autogene Training. Eine medikamentöse Behandlung findet hierbei niemals statt.

Neben Psychologen und Psychiatern gibt es eine weitere, nicht so bekannte Berufsgruppe, die auch psychische Krankheiten therapieren darf. Der »Heilpraktiker für Psychotherapie« erlangt seinen Titel nach Ausbildung oder Studium durch eine schriftliche und mündliche Überprüfung beim zuständigen Gesundheitsamt. Der Heilpraktiker für Psychotherapie be-

Es war einmal...

BBB Beitzke, Dr. med.

von Dr. Steffen Peltsch

se mit einem Seitenhieb gegen die Schule »als solche« verband: »Heutzutage wird zu viel gebrellt im Unterricht... Du bist auch so einer. Gibst du Staatsbürgerkunde?« Daß er da einen unge-rechtfertigten Zusammenhang konstruierte, war ihm gewiß bewußt, aber er konnte nicht anders als immer mal wieder wider den Stachel zu löcken.

Unter den ideologischen Anführern der Stadt und des Kreises hatte der unangepaßte Arzt den Ruf eines Stänkerers, dessen Kompetenz jedoch auch in den »Gremien« hoch geschätzt wurde. Waren Wahlen angesagt, ließ sich Beitzke lange bitten. Sogenannte Wahlschlepper blitzten bei ihm ab, der sich ein Vergnügen daraus machte, Minuten vor Schließung doch noch im Wahllokal zu erscheinen.

Ein Mitarbeiter der SED-Kreisleitung lag, eben erst hinterm Ohr operiert, auf der HNO-Station des Kreiskrankenhauses, der BEITZKE als Chefarzt vorstand. Die war übrigens in einer Baracke untergebracht – ein Saal für 14 Kranke, ein Dreibettzimmer für schwere Fälle. Nicht gerade ein Paradebeispiel für die Außerordentlichkeit des DDR-Gesundheitswesens. Der Kader war – natürlich – im Saal stationiert worden. Egal nun, von wem die Initiative aus-

ging, jedenfalls gerieten der »reaktionäre« Doktor und der Berufsgenosse ins politische Gespräch. Auf eine diesbezügliche Frage antwortete BEITZKE: »Mein Beitrag zur Stärkung der DDR besteht darin, daß ich ein paar ihrer Menschen gesund mache. Sie zum Beispiel...« Die Sache ist verbürgt, ein Theologiestudent lag zwei Betten neben dem des schweigsam gewordenen Patienten.

Keine Frage, daß die Mielkeschen ihre Argumente auf FRIEDRICH BEITZKE gerichtet und reichlich Material zusammengesammelt haben müssen, erfüllte er doch viele der Kriterien, die für »feindlich-negative Elemente« galten.

Westverwandtschaft versorgte ihn auf dem Post- und auch auf indirektem Weg mit den Romanen Heinrich Bölls, den er lange vor dem Nobelpreis schon als genialen Autor verehrte.

Westverwandtschaft war es auch, bei der seine Frau und seine Tochter, die ein fabelhaftes Abitur hingelegt und emsige FDJ-Arbeit betrieben hatte, unterkamen. Geblieben nach einem Besuch, mitgenommen von einem ausländischen Schiff.

BEITZKE blieb, obwohl er hätte gehen können. Da staunten manche, und viele zogen den Hut. Ob die Stasi-Lümmel ihre Akten korrigiert haben, muß bezweifelt bleiben.

Die Epidemie der Neuzeit

Psychische Erkrankungen nehmen zu – Heilpraktiker können helfen

schäftigt sich mit der Behandlung von emotionalen Leiden (z.B. Depressionen) und von zweckmäßigen Verhaltensweisen (z.B. Höhenangst oder Putzwänge). Die Behandlung erfolgt mit psychologischen Verfahren, meist mittels Gesprächen. Die dabei benutzen Methoden und Verfahren (sogenannte »Interventionen«) werden bewußt geplant, strukturiert und selbstverständlich auch gezielt eingesetzt.

Das Ziel der Behandlung durch den Heilpraktiker für Psychotherapie besteht darin, festzustellen, ob überhaupt eine Krankheit vorliegt und wenn möglich, diese Krankheiten oder Leiden zu heilen oder zu lindern. Ein Heilversprechen kann allerdings nicht abgegeben werden.

Was ist nun aber eine psychische Krankheit? Alle psychischen Krankheiten finden sich in einem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgegebenen Buch, dem sogenannten »ICD« und zwar vor allem im Kapitel F Das Kürzel »ICD« steht für die Internationale Klassifizierung von Krankheiten und artverwandten Gesundheitsproblemen. Dieses Werk wird ständig weiterentwickelt und angepaßt. In der ICD sind auch die diagnostischen Kriterien zur Erkennung der Krankheiten aufgeführt.

Psychische Krankheiten sind z.B. alle Arten von Demenzen, Alkohol- und Drogensucht, Schizophrenien, Depressionen, Manien, Phobien (z.B. die soziale Phobie, also die Furcht, Reden zu halten etc.), Ängste (Höhenangst, Flugangst, Angst vor Hunden...), Zwänge (Kontrollzwang, Putzwang...), akute Belastungsreaktionen (z.B. nach Unfällen), Posttraumatische Belastungsstörungen, Anpassungsstörungen (z.B. nach Scheidungen), Eßstörungen, nichtorganische Schlafstörungen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen. Ein weiteres Gebiet ist die Kinder- und Jugendpsychiatrie mit Intelligenzminderungen, Entwicklungsstörungen, Verhaltens- oder Emotionalen Störungen mit Beginn in Kindheit und Jugend.

Die Behandlungskosten bei den »Heilpraktikern für Psychotherapie« übernehmen die Krankenkassen nur in seltenen Fällen. Somit müssen die Patienten die Behandlungskosten zu meist aus eigener Tasche tragen.

FALK HINNEBERG

Unser Autor ist Heilpraktiker für Psychotherapie (nach dem Heilpraktikergesetz), Psychologischer Berater, MPU-Berater, Demenz-Berater. Oderberger Str. 28, 16244 Schorfheide, OT Lichtenfelde. Tel.: 0176/47844650.



Liebe Freundinnen und Freunde eines gepflegten Leseabends, vor gut einem Jahr habe ich mich auf den Abenteuerpfad begeben, im Zeitalter des Inflationären Bücher zu produzieren und herauszugeben. Sie haben und Ihr habt mir dabei geholfen, daß ich das bisher als unerwarteten Erfolg bewerten kann. Dafür möchte ich noch einmal Danke sagen. Über zwei Drittel der Auflage meines Buches »Erosion« über die Finowkanalregion und ihre industriebetonte Geschichte sowie deren Verfall haben neue Besitzer gefunden, und von einem Exemplar habe ich erfahren, daß es sogar auf unlauterem Weg den Besitzer gewechselt hat. Was für ein Adelschlag meines volkskünstlerischen Schaffens, wenn jemand sogar hohe Gefängnisstrafen riskiert, um an ein Buch von mir zu kommen – vorausgesetzt, die Missetat erfolgte als bewußte Handlung. Und das alles, obwohl ich mich darin mit einem Nischenthema befasste. Dieses Nischenthema ist inzwischen natürlich ein wenig herangewachsen, und das Interesse an einer Doch-noch-Zukunft des vergehenden, industriegemachten Finowtals unüberhörbar. Damit befasste ich mich ja immer mehr auch praktisch, doch ist der Wille zur Transformation des Schicksals des Finowkanals und seiner Region bei den Entscheidern leider wohl noch nicht stark genug.

Für das Ende des letzten Jahres hatte ich bereits mein zweites Buch angekündigt. Fünfundzwanzig Jahre lang habe ich mich mit Irland beschäftigt, doch haben die offensichtlich nicht gereicht, um planmäßig auf den Punkt zu kommen. Diese und jener hatten mir zu verstehen gegeben, es wieder nicht erwarten zu können, aber in Kürze wird es nun erscheinen. Am 15. März werde ich es auf dem Stand des Selfpublisher-Verbandes auf der Leipziger Buchmesse vorstellen. Selbst werde ich am 15. und 17. März ganztägig und am 16. und 18. März ab 15 Uhr am Stand sein. Wer also zufällig die Messe besuchen sollte, würde mich mit ihrem oder seinem Besuch erfreuen. Ich habe jetzt schon eine Geschichte und ein paar Bilder auf papierwerken.com offengelegt, in der Hoffnung, die Aufregung damit ein wenig am Köcheln halten zu können. Auch das zweite Buch wird hochwertig produziert sein, im Format eines Erzähl-Bildbandes mit zahlreichen, aufwendig bearbeiteten Abbildungen im FM-Raster gedruckt. Ich habe vor, mich damit am Wettbewerb um »Die Schönsten Deutschen Bücher 2018« der Stiftung Buchkunst zu beteiligen. Bis zum 8. April biete ich das Werk zum Messepreis von 39 Euro an, allerdings nur über meinen Webshop; danach überall für 45 Euro.

Im Besonderen möchte ich mich im Licht dieser Öffentlichkeit bei vier Unterstützern bedanken, die mir zum Erreichen der Qualität meiner Bücher unverzichtbar waren. Zum einen bei Claas Cordes, der mein erstes Buch lektoriert hat, und zum anderen bei Kirsten Matusch, die mein neues Buch lektorierte. Darüber hinaus bedanke ich mich für die Beratung und Unterstützung durch Matthias Fischer von der Firma M8 Medien bei der Bildbehandlung und durch André Lesching von der Berliner Druckerei vierC für das Aushalten meiner Nörgelei an der Druckmaschine. (Ich neige leider dazu, von Druckmaschinen mehr zu verlangen, als die im 21. Jahrhundert schon leisten können. Am Ende bin ich mit den Ergebnissen dann aber doch immer ganz zufrieden.)

Darüber hinaus möchte ich aber auch nicht versäumen, bereits mein drittes Buch zu erwähnen. Die Faszination für die Vergangenheit des Finowtals hat mich mittlerweile erst recht gepackt, und die große Resonanz auf den Erstling hat mich angetrieben, über den Neubeginn der Industrie im Finowtal nach 1945 noch einmal intensiv zu recherchieren. Ich bin mit Zeitzeugen im Gespräch, suche in Archiven, um die Jahre von Umbruch und Neubeginn so authentisch wie möglich abbilden und im Tagebuchformat erzählerisch festhalten zu können. Die Restaurierung der Geschichten über die Demontage des Messingwerks, den ersten Grauguß und den ersten Stahlguß in den Ammomwerken, den ersten Großguß in der Brützer Eisengießerei wie die Zusammenlegung der Papierfabriken Spechthausen und Wolfswinkel sind mir bereits gelungen.

Ich freue mich auch weiterhin über Reaktionen und Kritik an meiner Arbeit. Wer einen Irland-Urlaub plant, darf mich gerne nach verborgenen, wenig bekannten Orten fragen.

Bleibt bzw. bleiben Sie bitte neugierig! papierwerken.com

HANS JÖRG RAFALSKI



Papierwerken · Hans Jörg Rafalski · Waldstraße 1 · 16248 Niederfinow
Tel (03 33 62) 71 91 65 · Mobil (0172) 887 44 41 · eMail: mail@papierwerken.com
papierwerken.com · rafalskikommunikation.com

Wandertips

von BERND MÜLLER

Wiederaufbau Rastplatz an der L35 Rädikow

Sonnabend, 17. März, Arbeitseinsatz, 9-16 Uhr
Treff Wanderrastplatz Rädikow

Das geheimnisvolle Freienwalde

Sonntag, 18. März, Führung mit dem Museumsdirektor durch das geheimnisvolle Freienwalde

Die NaturFreunde freuen sich den bekannten Museumsdirektor und Schloßkastellan Dr. REINHARD SCHMOOK für diese besondere Führung gewonnen zu haben. Auch alteingesessene Freienwalder Bürger werden hier sicher einiges Neues erfahren. Die Führung »Der Freienwalder Altstadt kern mit seinen Geheimnissen« dauert ca. 1,5 Stunden.

Treff: 13.30 Uhr Jubiläumslinde vor dem Rathaus, Karl-Marx-Str. 1, 16259 Bad Freienwalde, mindestens 10 Teilnehmer. Gebühren: Erwachsene 5 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 2,50 Euro.

Frühlingswanderung zum Baasee

Sonntag, 25. März, Klaus Schluchter führt auf einer 11 km Wanderung durch düstere Gründe und dunkle Wälder zum Baasee.

Vorbei an Offenlandschaft geht es zum sagenumwobenen Gut Sonnenburg. Am romantischen Baasee legen wir zur Rast ein bevor wir den Rückweg Richtung Altranft antreten.

Treff: 13.30 Uhr Bahnhofsvorplatz Altranft, Alte Heerstrasse, 16259 Bad Freienwalde OT Altranft

Auf Walter Müllers Spuren

Sonnabend, 31. März, Autotour durch den ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark (Polen) mit kleinen Wanderungen am Wegesrand.

Die Tour findet zu Ehren von Naturfreund WALTER MÜLLER statt, dessen Tod sich am 27. März zum neuntenmal jährt. Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) Erster Halt am Riesenadler. Danach bewundern wir die Zehdener Heide (Erikahänge). In Cedyndnia (Zehden) ersteigen wir den Askanierturm (2 Zloty) und blicken über das Zehdener Bruch. Optional Besuch des Museums in Cedyndnia (5 Zloty Eintritt). Mittagsrast in Cedyndnia. Über Orzechów (Wrechow) fahren wir nach Czachów (Zachow) mit der Ordensritterkirche und dem Flugfeuer Königsberg. Kleiner Dorfspaziergang in Lubiechów Górný (Hohen Lübbichow). Stopp an den Rieseneichen von Lubiechow Dolny (Nieder Lübbichow). Weiter geht es nach Piasek (Peetzig). Über Bielinek (Bellinchen) mit einem tollen Aussichtspunkt geht es zurück zum Ausgangspunkt der Tour. Mindestteilnehmerzahl 10 Personen.

Treff: 10.00 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen. Gebühren: 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Rotfuchs gratuliert

Georg (Schorsch) Schulze wurde im Februar 90 Jahre alt. Und in wenigen Tagen feiert **Helmut Braunschweig** seinen 85. Geburtstag.

Wir bedanken uns bei beiden Jubilaren für die Weitergabe ihres Wissens und für ihren Einsatz im Kampf und Herz und Hirn, gegen die Verdummung durch die Herrschenden und den Verherrlichern der real existierenden, kapitalistischen Gesellschaft.

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen beste Gesundheit

ECKHARD LAURICH im Namen der RotFuchs Gruppe Eberswalde und aller Sympathisanten

Montag, 9. April, 16 Uhr

im Bürgerbildungszentrum *Amadeu Antonio* Eberswalde, Puschkinstraße 13, Raum 2.25.
Diskussion mit WOLFGANG DOCKHORN

Die VERANTWORTUNG aller Linken für das Zusammenwirken im Kampf für FRIEDEN und sozialen FORTSCHRITT

RotFuchs-Förderverein e.V., Regionalgruppe Eberswalde/Umgebung

Kontakt: www.rotfuchs.net

E-Mail: eberswalde@rotfuchs.net oder Tel. 01742755932

Wir RotFuchs-Leser treffen uns jeden 1. Montag im Monat von 16 bis 19 Uhr zum Meinungsaustausch. Wir laden Sie ein, mit uns zu lesen, nachzudenken und zu diskutieren.

Finowkanal-Symposium

28. März, 16 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus

Mit der Rolle des Finowkanals im wassertouristischen Verbund mit den Nachbarländern entlang der Internationalen Wasserstraße E70 befaßt sich unser viertes Finowkanal-Symposium. In Zusammenarbeit mit Polen und Litauen stellt unsere Initiative den deutschen Partner im so genannten EU-»Watertour«-Projekt.

Ziel der Zusammenarbeit ist die Harmonisierung des Wassertourismus entlang dieser bedeutenden Ost-West-Binnenwasserstraße. Wie können wir dazu beitragen, daß sich unsere Gäste aus Litauen, Polen, Rußland, Belgien und den Niederlanden auf dem Finowkanal wohlfühlen, unsere kulturhistorischen Schätze kennenlernen und nicht zuletzt zur wirtschaftlichen Belebung der Region beitragen?

In sieben Kurzvorträgen beleuchten unsere Referenten aus unterschiedlichen Perspektiven die Thematik. Schirmherr ist der Eberswalder Bürgermeister und Vorsitzende der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal FRIEDHELM BOGINSKI.

Das Schlußwort spricht der Präsident des internationalen Netzwerks der Binnenwasserstraßen (IWI) DAVID EDWARDS-MAY.

Die Vorträge finden in polnischer und deutscher Sprache statt; mit Simultanübersetzung.
Prof. Dr. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Eberswalder Frühjahrsputz Sonnabend, den 24. März.

Kapustin/Janow-Ehrung

Auch in diesem Jahr lädt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde am 6. April um 10 Uhr alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur Kranzniederlegung auf dem Garnisonsfriedhof in der Heegermühler Straße in Eberswalde ein.

Anlaß ist das tragische Flugzeugunglück am 6. April 1966 in Berlin Stößensee. Hier haben die sowjetischen Piloten BORIS KAPUSTIN und JURI JANOW ihr junges Leben geopfert, um viele Menschenleben in dem dicht besiedelten Westberliner Wohngebiet zu retten.

Wir ehren den Heldenmut und die selbstlose Tat der beiden sowjetischen Piloten.

Vorstand der BFG e.V. Eberswalde

Charmante Lieder im Lyrikhaus

Sonntag, 18. März, 15 Uhr: TOBIAS RANK

Unter dem Titel »*Ich fühl mich so ausgedrückt - Charmante Lieder. Klassisch, verliebt und müde.*« kommt am Sonntag, dem 18. März, um 15 Uhr Tobias Rank ins Lyrikhaus nach Joachimsthal.

Der Komponist und Pianist hat Texte von Helmut Krausser, Thomas Kunst, Fritz Eckenga, Günter Kunert und Michael Lentz vertont. Er singt selbst und begleitet sich und seine Lieder am Klavier. Literarische Chansons voller Schmermut, Melancholie, Witz und Übermut. Rebellisch und fein, abgebrüht und empfindlich, verliebt und müde. Eher leise als wirklich laut. Eintritt 10 Euro. Es gibt Kaffee und Kuchen. Mehr unter <http://lyrikhaus.de/index.php/veranstaltungen>.

GISBERT AMM

5. Treppenlauf

Der Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V. laden am 24. März zum inzwischen 5. Treppenlauf ein. Beginn ist 10 Uhr.

Die Einzelläufe starten gestaffelt nach Altersklassen. Anschließend finden die Teamläufe (Familien, Vereine, Firmen usw.) statt. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

RINGO WRASE

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 7. März 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.
Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4. April 2018.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)